

CDU-Informationsdienst Union in Deutschland Bonn, den 19. Februar 1998

6/1998

# Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand

Förderung soll spürbar verbessert werden

Individuelles Eigentum ist eine wesentliche Grundlage persönlicher Freiheit und Vorsorge. Es ist damit eine tragende Säule unserer Sozialen Marktwirtschaft, die wirtschaftliche Freiheit mit sozialem Ausgleich verknüpft. Eine breite Streuung des Eigentums, vorrangig beim Wohneigentum und beim Produktivvermögen, festigt unsere Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung.

Sie ist deshalb gesellschaftspolitisch gewünscht und Wirtschaftspolitisch sinnvoll. Auf dem Gebiet der Vermögensbildung haben wir in Deutschland in den letzten Jahren beträchtliche Fortschritte gemacht.

#### Von Hans-Peter Repnik, stellvertetender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Diesen Weg wollen wir noch in dieser LegislaturPeriode mit einer gezielten Verbesserung des Vermögensbildungsgesetzes fortsetzen. Dies haben wir am
13. Februar im Rahmen eines Entschließungsantrages
der Koalitionsfraktionen von CDU/CSU und FDP im
Deutschen Bundestag auch dokumentiert.

Derzeit erarbeiten wir einen Gesetzentwurf, der in der Woche vom 2. bis 6. März vom Deutschen Bun-

#### UiD Extra

Erleichterungen für Alteigentümer. Zwischenbericht des Arbeitskreises "Enteignungen 1945 -1949" der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Innenteil

#### **HEUTE AKTUELL**

#### Arbeitszeit

Keine 30-Stunden-Woche im öffentlichen Dienst. Seite 6

#### Arbeitsplätze

Niedrige Zinsen sollen Baukonjunktur ankurbeln. Seite 7

#### Lehrstellen

Klares Nein zur Ausbildungsabgabe. Seite 12

#### Kulturdebatte

Bundeskanzler Helmut Kohl: Stiftungsrecht in die Steuerreform einbauen. Seite 14

#### OMV

Respekt und Dank für die Aufbauarbeit der Flüchtlinge und Vertriebenen. Seite 32

#### Dokumentation

Die Europapolitik der SPD: Populismus vor Berechenbarkeit. Grüner Teil

Fortsetzung auf Seite 3

#### Kurz & gut

#### Kein Aus für Duty-Free-Handel

Gute Nachricht für die deutschen Küstenländer: Die Bundesregierung ist bereit, sich für die Fortsetzung des Duty-Free-Handels im innergemeinschaftlichen Reiseverkehr der EU über den 30. Juni 1999 hinaus einzusetzen. Es geht um rund 3000 Arbeitsplätze auf Fähren und Ausflugsschiffen.

#### Bei den Jungwählern führend

Mit 41 Prozent der Stimmen könnte die nordrhein-west-fälische CDU bei Jungwählern zwischen 18 und 24 Jahren rechnen, wenn jetzt Landtagswahlen wären. Die SPD käme nach einer Emnid-Umfrage an Rhein und Ruhr nur auf 29 Prozent. 14 Prozent der Jungwähler würden Grüne, zwoif Prozent FDP wählen.

#### Beim Ausfüllen spürbar entlastet

Rund 550.000 Betriebe in der Land- und Forstwirtschaft werden künftig weniger Arbeit mit den agrastatistischen Erhebungsbogen haben. Weniger Fragen zu weniger Terminen sieht ein Gesetzentwurf von Bundesregierung und CDU/CSU vor, der nach Schätzungen bei Bund und Ländern zu Kosteneinsparungen in Höhe von mehr als 2,2 Millionen Mark jährlich führen wird.

#### Online-Dienste immer beliebter

Rund 5,8 Millionen Bürger zwischen 14 und 59 Jahren nutzen Internet und Online-Dienste. Das entspricht einem Anteil von 13 Prozent an dieser Bevölkerungsgruppe. Nach einer repräsentativen Untersuchung der GFK Medienforschung (Nürnberg) wollen sich in den nächsten zwölf Monaten weitere zehn Prozent der Deutschen Zugang zum Netz verschaffen.

#### Es bleibt unverändert bei dem jetzigen Beitragssatz

Die CDU ist bei ihrer Auffassung geblieben: Der Beitragssatz zur Pflegeversicherung wird nicht variabel. Eine Absenkung, wie die FDP sie gefordert hatte. hätte dazu geführt, daß ein Facharbeiter mit 5000 Mark monatlich – bei Entlastung des Arbeitgebers in gleicher Höhe – 5 Mark hätte weniger zahlen müssen: 4 Pfennig je Arbeitsstunde. Ein Handwerksmeister hätte z.B. die Gesellenstunde für 87,56 Mark statt für 87,60 Mark anbieten können. Gunnar Uldall. wirtschaftspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion: Die Kostenbelastung wäre in einer Größenordnung gesunken, die man nicht einmal hätte symbolisch nennen können. Spürbare Impulse für den Arbeitsmarkt wären von einer solchen Beitragssenkung nicht ausgegangen.

## DAS WICHTIGSTE DER WOCHE AUF EINER SEITE

NR.

"1,3 Prozent – das ist keine Inflationsrate mehr, sondern Geldwertstabilität, ein Traumwert und eine große soziale Leistung."

> CDU-Generalsekretär Peter Hintze zum Preisanstieg im Januar

#### Arbeit ist genug vorhanden. Koalition beschließt Beschäftigungsintitiative

Angesichts der neuen Arbeitsmarktzahlen ist die Feststellung unausweichlich geworden: Langzeitarbeitslosen und vor allem Jugendlichen lediglich Unterstützung durch Sozialhilfe oder Arbeitslosenhilfe zu geben, reicht nicht. Arbeit ist mehr als Gelderwerb.

Die Koalitionsfraktionen haben deshalb am 5. Februar Maßnahmen beschlossen, die sofort und mittelfristig wirksam werden sollen:

Die Kommunen sind aufgefordert, jede weitere Möglichkeit der Beschäftigung von Sozialhilfempfängern zu nutzen. Schon heute haben 200.000 der insgesamt 700.000 arbeitsfähigen Sozialhilfeempfänger Arbeit in Gartenbauämtern oder auf Bauhöfen.

Es sollte möglich sein, Jahr für Jahr weiteren rund 100.000 Sozialhilfeempfängern eine Arbeitsgelegenheit anzubieten.

Die Arbeitsämter sind aufgefordert, von der neuen Möglichkeit Gebrauch zu machen, die der Deutsche Bundestag mit der jüngsten Reform des Arbeitsförderungsrechts geschaffen hat.

Danach können seit dem 1. Januar Arbeitsämter auch Dritte, z.B. Serviceagenturen mit der Vermitt-

lung von Arbeitslosenhilfe-Empfängern beauftragen. In den Bundeshaushalt ist ein Titel eingeste<sup>llt,</sup> aus dem die Vermittlung finanziert werden kan<sup>n.</sup>

Die Bundesregierung ist aufgefordert, mit Ländern, Kommunen, Bundesanstalt für Arbeit und Sozialpartnern in Gespräche darüber einzutretenauf welchem Weg jugendlichen Sozialhilfeempfängern bezahlte Berufspraktika angeboten werden können, die die Aufnahme entsprechender Tätigkeiten in einem Betrieb erleichtern.

Die Bundesregierung ist aufgefordert, Möglichkeiten zu prüfen, das Recht von Arbeitslosen auf Sozialhilfe und das Arbeitslosenhilferecht - heufe noch zwei voneinander unabhängige Fürsorgeleistungen - einander anzugleichen.

Bundesregierung und Bundesrat sind aufgefordert dafür zu sorgen, daß Niedriglöhne auf ein akzept<sup>g</sup>bles Mindesteinkommen angehoben werden können um durch stärkere Lohnspreizung einfache Dienstleistungen für den Arbeitsmarkt zu erschließen: Hilfen in Privathaushalten, Familien- und Pflegehifen, Hilfen an Tankstellen und in Supermärkten und viele andere derartiger Serviceleistungen mehr.

#### Kein verläßlicher Partner

Der Schutz vor der organisierten Kriminalität ist bei der SPD in schlechten Händen. Das hat das Abstimmungsverhalten der SPD-Länder am 6. Februar im Bundesrat gezeigt: Der bereits geschlossene 
Kompromiß über die

akustische Beweissicherung soll noch einmal im Vermittlungsausschuß auf den Prüfstand. Ralf H. Borttscheller, Bremer Innensenator (CDU): Als müßte man Polizei und Justiz fürchten und nicht etwa das Verbrechen.

#### Ja zum Sicherheitsnetz

Die von Manfred Kanther ins Leben gerufene Initiative einer effizienteren Zusammenarbeit von Bund, Ländern und Kommunen bei der Bekämpfung der Kriminalität ist von den Länderinnenministern ohne Abstriche bestätigt worden. Def Bundesinnenministel hat die Zustimmung zu seinem Konzept "Sicherheitsnetz" als "parteiübergreifend Verständigung" dar über begrüßt, dem Verbrechen bereits m Ansatz den Nährboden zu entziehen.

#### Durchbruch für den Investivlohn

Die Koalitionsfraktionen wollen einen gesetzlichen Rahmen für den tariflichen Investivlohn parlamentarisch einbringen und bis zur Sommerpause 1998 abschließen.

Vorgesehen ist eine Förderung von 20 Prozent für Anlagen bis zu 700 DM jährlich. Die Beteiligungen sind innerund außerbetrieblich, auf einzelvertraglicher, betrieblicher- oder tarifvertraglicher Vereinbarung möglich. Für die Sparförderung gelten als neue Einkommensgrenzen 35 000 und für Verheiratete 70 000 DM. Damit kommen zwei Drittel aller Erwerbstätigen in den Genuß des neuen Vermögensbildungsgesetzes. Die bisherige Steuerbefreiung für Belegschaftsaktien nach § 19 a im Einkommenssteuerrecht wird in einen direkten Zuschuß umgewandelt.

Peter Keller, Sprecher der Arbeitsgemeinschaft christlich-sozialer Arbeitnehmerorganisationen: "Dies ist ein gelungener Abschluß unserer Kampagne für den Investivlohn. Die christlich-sozialen Verbände, CDA und CSA haben einen historischen Durchbruch für die Vermögensbildung erreicht. Ich appelliere an alle Gesetzgebungsinstanzen die parlamentarischen Beratungen zügig und ohne ideologische Scheuklappen zu führen."

CDA-Bundesvorsitzender Rainer Eppelmann: "Das ist ein Meilenstein für die Wirtschafts- und Sozialpolitik. Bei diesem zentralen Zukunftsthema werden die Arbeitnehmer zu Teilhabern in der Wirtschaft. Der Investivlohn wird zur Initialzündung für mehr Investitionen und Beschäftigung."

#### Fortsetzung von Seite 4

destag in 1. Lesung beraten werden soll. Vorgesehen ist, die für die Förderung relevanten Einkommensgrenzen des Vermögensbildungsgesetzes deutlich anzuheben. Darüber hinaus soll die Förderung für den Erwerb von Beteiligungen am Produktivermögen durch Arbeitnehmer spürbar verbessert werden.

Die Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivvermögen und damit an den Erträgen und Wertsteigerungen der Unternehmen bietet einen Anreiz für die nach wie vor notwendige Zurückhaltung bei der zukünftigen Tariflohngestaltung, verringert die Eigenkapitalschwäche vieler Unternehmen und stärkt das Interesse des einzelnen Mitarbeiters an der Entwicklung seines Unternehmens.

Die besondere Förderung von Beteiligungen am Produktivvermögen bezieht sich auf Beteiligungen inner- und außerbetrieblicher Art. Zukünftig soll neben dem Förderhöchstbetrag von 936 DM, der für das Bausparen zur Verfügung steht, ein zweiter, additiv nutzbarer sparzulagenbegünstigter Förderhöchstbetrag für Beteiligungen am Produktivkapital zur Verfügung stehen, der mit einer erhöhten Sparzulage gefördert werden soll.

#### Volle Wahlfreiheit

Für die Förderung ist es dabei unerheblich, ob die Beteiligung auf individueller Basis, einzelvertraglichen, betrieblichen oder tarifvertraglichen Vereinbarungen beruht. Wichtig ist, daß den Arbeitnehmern die volle Wahlfreiheit offensteht.

#### Kommentare

#### Wahlhilfe

Der Deutsche Gewerkschaftsbund schlägt sich im Wahlkampf offen auf die Seite der Opposition. Acht Millionen Mark läßt sich der DGB eine Kampagne kosten, die nur ein Ziel hat: mitzuhelfen, damit es in Bonn am 27. September zum Regierungswechsel kommt. Der DGB sollte den Mut haben, dies offen zuzugeben. Es geht ihm nicht um einen Politikwechsel, sondern um den Wechsel der Mehrheit. Gewiß: Mit der gebotenen Überparteilichkeit des DGB hat die verbrähmte Wahlkampfunterstüzung für Rot-Grün nichts, mit der Wahrnehmung von legitimen Interessen seiner Mitglieder nur wenig zu tun.

Stuttgarter Nachrichten

Neutralität verspielt

Die Gewerkschaften können sich zu rechtfertigen versuchen, wie sie wollen, ihre Wahlkampagne wird den Geruch einer einseitigen Unterstützung für SPD und Grüne nicht los. Die von IG-Metall-Chef Zwickel selbstformulierte Zielsetzung, daß "eine Änderung der Politik nur unter der Voraussetzung einer anderen politischen Mehrheit" denkbar sei, spricht eine zu deutliche Sprache. Wenn man noch den Zeitpunkt hinzunimmt, liegt sogar der Verdacht eines abgestimmten Spiels

nahe, in dem der DGB sozusagen stellvertretend für die Sozialdemokraten den Wahlkampf 1998 eröffnet, weil diese mangels Kanzlerkandidaten dazu noch nicht in der Lage sind.

Neue Osnabrücker Zeitung

#### Könnte zum Bumerang werden

Natürlich ist es ein Ärgernis, daß auch CDU-, CSU- und FDP-Anhänger mit ihren Gewerkschaftsbeiträgen die millionenteuren IG-Metall- und DGB-Kampagnen für einen Politikwechsel mitfinanzieren müssen. Diese Kampagnen sind – Dementis zum Trotz – bei Lichte besehen nichts anderes als ein Parallelwahlkampf der sozialdemokratisch dominierten Einheitsgewerkschaften zugunsten eines Regierungswechsels. Dafür waren die Gelder des gewerkschaftlichen Solidaritätsfonds nicht bestimmt.

Die Zweckentfremdung könnte zum Bumerang für den DGB werden, sind die gewerkschaftlichen Mitgliederverluste doch nicht nur eine Konsequenz gewachsener Arbeitslosigkeit, sondern auch eines erhöhten Kosten-Nutzen-Denkens. Für viele Angestellte sind die Gewerkschaften schon als Gegenmacht zu den Arbeitgebern nicht sonderlich attraktiv, eine Gegenmacht zu einer bestimmten Regierung wollen diese Gewerkschaftsskeptiker gewiß nicht mitfinanzieren. Handelsblatt

Die ursprünglich vorgesehene und unter dem Gesichtspunkt der ergänzenden privaten Altervorsorge wichtige Stärkung der privaten Eigenvorsorge kann in dieser Legislaturperiode nicht mehr verwirklicht werden. Hierzu soll deshalb zu Beginn der nächsten Legislaturperiode ein Konzept erarbeitet werden, das auf der einen Seite die weitere Senkung der Abgabenbelastung für die Bürger vorsieht, um ihnen so größere Spielräume für die Eigenvorsorge zu eröffnen.

Die Verwirklichung der von der SPD blockierten großen Steuerreform ist dafür ein wichtiger Meilenstein. Auf der anderen Seite sind Vorschläge vorzulegen, um gerade für Bezieher niedriger Einkommen zusätzliche Anreize zur Stärkung ihrer individuellen Altersvorsorge zu schaffen.

## Massiver Schaden für IG Metall

Frage: Herr Arentz, wie beurteilen Sie die jetzt gestartete Wahlkampagne der IG Metall?

Antwort: Wer wie der IG-Metall-Vorsitzende Klaus Zwickel so offen für einen Regierungswechsel in Bonn eintritt und gleichzeitig behauptet, er wolle nicht Wahlkampf für die SPD oder für Rot-Grünmachen, begeht eine unglaubliche Heuchelei.

Frage: Wie begründen Sie diese Behauptung?

Antwort: Die Wahlkampagne der IG Metall ist nichts anderes als ein nur notdürftig verhüllter Aufruf zur Abwahl der Jetzigen Bundesregierung. Dann soll Herr Zwickel sich wenigstens dazu bekennen, daß er politische Bevormundung seiner Mitglieder betreiben will. Damit aber verstößt der IG-Metall-Vorsitzende massiv gegen die wichtigste Erfolgsgrundlage der Einheitsgewerkschaft, nämlich die partei-Politische Neutralität. Die aber ist Voraus-Setzung dafür, daß sich Arbeitnehmer mit unterschiedlichen politischen Überzeugungen in einer Gewerkschaft zusammenfinden. Und noch eines: Ich halte es für eihen bisher unvorstellbaren Vorgang, daß ausgerechnet die IG Metall heute den Bundestagswahlkampf einläutet, bevor die Parteien selbst überhaupt angetreten sind.

Frage: Können Sie das näher erläutern?

Antwort: Es gibt noch nicht einmal Wahlprogramme, die Zwickel zur formalen Entschuldigung seiner Parteinahme für SPD und Grüne anführen könnte. Nicht einmal so lange kann er warten, um seiner

eigenen SPD zur Hilfe zu eilen. Die Kampagne zeigt im übrigen, daß die IG Metall die SPD offenbar für zu schwach hält, um ohne Schützenhilfe die Bundestagswahl zu gewinnen.

Aus einem Interview der "Neuen Osnabrücker Zeitung" vom 14. Februar mit dem stellvertretenden Vorsitzenden der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA), Hermann-Josef Arentz

Frage: Was hat das für Folgen?

Antwort: Der Versuch Zwickels, den Regierungswechsel in Bonn mit gezielter Hilfe der IG Metall herbeizuführen, gefährdet den Zusammenhalt in der IG Metall und schwächt sie damit entscheidend. Denn am Ende wird sie dann nur noch von roten oder grünen Mitgliedern getragen. Die Gewerkschaftsmitglieder wollen sich nicht für eine bestimmte Richtung vereinnahmen lassen.

Deswegen schadet Zwickel mit dieser Aktion massiv der IG Metall. Das ramponiert nicht nur das Image der Gewerkschaft, es schwächt sie auch in tarifpolitischen Auseinandersetzungen und verringert ihren politischen Einfluß und ihre Glaubwürdigkeit insgesamt. Die IG Metall und ihr Vorsitzender Zwickel als Wahlhelfer von Rot-Grün sind dabei, die ganze Gewerkschaftsbewegung in Deutschland zu diskreditieren.

## Keine 30-Stunden-Woche im öffentlichen Dienst

Zur Forderung des ÖTV-Chefs Mai nach einer Einführung der 30-Stunden-Woche im öffentlichen Dienst erklärte Gunnar Uldall, wirtschaftspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion:

Die Forderung des ÖTV-Chefs Mai, im öffentlichen Dienst generell eine 30-Stunden-Woche einzuführen, ist unrealistisch und kein geeignetes Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Eine Verkürzung der Arbeitszeit von 38,5 Stunden im Westen und 40 Stunden im Osten auf generell 30 Stunden ist aus folgenden Gründen abzulehnen:

- Selbst bei einem Verzicht auf vollen Lohnausgleich treibt diese Maßnahme die Arbeitskosten in die Höhe, da für jeden Beschäftigten ein Arbeitsplatz vorgehalten und technisch ausgestattet werden muß.
- Es ist zwar erfreulich, daß die Gewerkschaften von ihrer Forderung nach Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich abgerückt sind. Doch es bestehen

berechtigte Zweifel, ob die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes – insbesondere die der unteren Lohngruppen – auf Dauer einen Lohnverzicht mittragen würden. Vielmehr ist damit zu rechnen, daß der jetzige Lohnverzicht bei späteren Tarifverhandlungen nachgeholt wird.

 Grundsätzlich sind alle Vorschläge zu Arbeitszeitverkürzungen - mit oder ohne vollen Lohnausgleich - mit Vorsicht zu betrachten. Die Diskussion um die Umverteilung von Arbeit führt nämlich zu der falschen Vorstellung, in unserer Wirtschaft gäbe es eine gleichbleibend feste Menge an "zu leistender Arbeit", die auf alle Arbeitswilligen zu verteilen sei. Dieses "Kuchenmodell" übersieht, daß eine Marktwirtschaft keine statische Veranstaltung, sondern ein dynamischer Prozeß ist, der immer wieder neue Produkte, Tätigkeitsfelder und damit Wachstum hervorbringt. Nicht die Umverteilung der vorhandenen Arbeit, sondern wirtschaftliche Dynamik schafft neue Arbeitsplätze.

#### Unklug

... was Herbert Mai geritten hat, jetzt ausgerechnet die 30-Stunden-Woche zu propagieren, bleibt rätselhaft. Gewiß, er kann sagen, er habe dies langfristig gemeint, so fürs nächste Jahrtausend etwa. Er kann auch sagen, seine Äußerungen seien wieder einmal unzulässig verkürzt worden. Aber ein gewiefter Gewerkschaftsführer sollte auch wissen, wem er Interviews gibt und wann er es tut. Schon jetzt sagt man in der ÖTV, die Sache werde "noch Schwierigkeitenn machen".

Stuttgarter Zeitung

#### Zweifelhafte Taktik

... die Vorschläge des ÖTV-Chefs laufen auf eine Explosion der Personalkosten hinaus, die die Finanznot in Bund, Ländern und Kommunen dramatisch verschärfen würde. Angesichts der Misere können die Arbeitgeber nur eine kostenneutrale Arbeitszeitverkürzung akzeptieren. Und Absprachen über eine Beschäftigungssicherung sind selbst unter dieser Bedingung nur befristet möglich. Mittelund langfristig wird der Personalabbau im öffentlichen Dienst weitergehen.

Die Welt

## Niedrige Zinsen sollen die Baukonjunktur ankurbeln

Mit zinsverbilligten Darlehen könnten Investitionen in Höhe von 22 Milliarden Mark angestoßen und 100.000 Arbeitsplätze ein Jahr lang gesichert werden.

Bundesbauminister Eduard Oswald hat am 16. Februar entsprechende Maßnahmen angekündigt, mit denen die Bundesregierung einen Nachfrageschub in der Bauindustrie auslösen will. Dabei gehe es nicht darum, ein konjunkturpolitisches Strohfeuer anzuzünden, sondern um die Belebung und Verstetigung der Bautätigkeit insbesondere in den neuen Bundesländern.

Die Mittel für die Zinsverbilligung sollen von der bundeseigenen Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) aufgebracht werden, von der die Baukredite auch über die Hausbanken der Bauinteressenten abgewickelt werden können.

Der Zins für die KfW-Programme für Wohnungsbau-Investitionen wird auf Sät-

ze zwischen 3,5 und 5,5 Prozent heruntersubvensioniert. Vorteilhaft für Bauherren ist vor allem, daß die günstigen Zinsen in der Regel für mindestens zehn Jahre vergeben werden.

Die Förderung junger Ehepaare und Alleinstehender mit Kindern ist von zwei auf vier Milliarden Mark verdoppelt worden. Der Bundesbauminister erwartet von der Aufstockung allein dieses Programms rund zehn Milliarden an zusätzlichen Investitionen.

Bei der Wohnraum-Modernisierung in Ostdeutschland werden auch Instandsetzungsmaßnahmen im Wohnumfeld unterstützt. Für Ausbesserungsarbeiten an Plattenbauten stockt die Kreditanstalt die Bemessungsgrenze für Förderkredite auf ein Investitionsvolumen von 800 statt bisher 500 DM je Quadratmeter auf. Zusätzliche Investitionen von 1,7 Milliarden Mark sollen vor allem kleineren Bau- und Handwerksbetrieben zugute kommen.

#### Arbeitsplätze durch mehr Mut zum Markt

Zu einem Kongreß zu diesem Thema lädt die Konrad-Adenauer-Stiftung nach Frankfurt am Main ein.

Die Veranstaltung findet am Mittwoch, den 18. März in der Alten Oper statt. Sie beginnt um 10.00 Uhr und endet etwa gegen 16.30 Uhr.

Auf die Frage, welchen Beitrag die Politik zur Gewinnung von Arbeit für den Standort Deutschland leisten könne, antwortet in einem Beitrag der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Wolfgang Schäuble.

Nach einer Podiusmdiskussion über "Chancen für neue Märkte" spricht Prof. Dr. Heinz Riesenhuber über das Thema "Arbeit der Zukunft".

Ottfried Hennig, Generalsekretär der Konrad-Adenauer-Stiftung: "Ich lade herzlich dazu ein, mit uns über neue Wege zu mehr Beschäftigung nachzudenken."

### Offensive für Auslandsinvestitionen

Der Wirtschaftsausschuß hat einstimmig eine Offensive zur Stärkung des Investitionsstandortes Deutschland beschlossen. Die Bundesregierung wurde darin aufgefordert, eine Agentur "Investieren in Deutschland" zu gründen und einen "Standortbeauftragten" zu benennen.

Der Vorschlag für diese Offensive zur Stärkung von Investitionen in Deutschland ist in enger Abstimmung zwischen dem wirtschaftspolitischen Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Gunnar Uldall und dem zuständigen Berichterstatter der CDU/CSU Christian Ruck sowie den Abgeordneten Siegmar Mosdorf (SPD) und Paul K. Friedhoff (FDP) ausgearbeitet worden.

In der Beschlußempfehlung an den Deutschen Bundestag wird festgestellt, daß der Wirtschaftsstandort Deutschland für nationale und internationale Investoren attraktiv ist. Zahlreiche Entscheidungskriterien könnten den Ausschlag für ein Engagement zugunsten des deutschen Standortes geben. Im Vergleich zu anderen Ländern

würden diese Vorteile aber in der öffentlichen Diskussion in der Bundesrepublik zu kurz kommen. Auch würden die hervorragenden Möglichkeiten für Investoren in Deutschland in anderen Ländern noch nicht optimal vermittelt.

Der Ausschuß hat in seiner Analyse festgestellt, daß die Fakten, welche der Standort Deutschland auf seiner Habenseite verbuchen kann, nicht intensiv genug dargestellt werden. Die wichtigen Kontakte zu interessierten Unternehmen aus dem Ausland sind heute noch unzureichend gebündelt und nicht wirklich auf ein gemeinsames Ziel gerichtet. So mangele es vor allem an der sinnvollen Koordination der bereits bestehenden Aktivitäten des Bundes und der Länder, auch wenn es übergreifende Aktionen wie z.B. den gemeinsamen Internet-Auftritt "Invest in Germany" gebe und Informationsmaterial zum Standort Deutschland im allgemeinen vorliege. Eine Einrichtung, die für das gesamte Bundesgebiet und nicht nur für einzelne Regionen spricht, bestand bisher noch nicht.

### Wettersatellit sichert 400 Arbeitsplätze

Das neue Wettersatellitenprogramm Metop sichert nach Angaben von Bundesverkehrsminster Matthias Wissman 400 Arbeitsplätze für Hochqualifizierte in Deutschland.

Der Industrieauftrag für Entwicklung und Bau der drei polarumlaufenden Satelliten Metop-1, -2 und -3 über eine Laufzeit von zehn Jahren hat ein Volumen von rund 1,56 Milliarden Mark.

Der Anteil der beteiligten deutschen Raumfahrtfirmen Dasa, Bosch Telekom, Jena Optronik und weiterer kleinerer Zulieferfirmen beträgt rund 28 Prozent.

"Das Programm dient in erster Linie der Verbesserung der Wetter- und Klimaüberwachung und der rechtzeitigen Herausgabe von Warnungen vor gefährlichen Wettererscheinungen durch den Deutschen Wetterdienst", erläuterte Wissmann. Durch neuentwickelte Meßsensoren auf den Satelliten profitierten alle Verkehrsträger von der rascheren Erkennung wetterbedingter Gefahren.

## Gute Nachricht für die norddeutschen Küstenländer

Zur Bereitschaft der Bundesregierung, sich für die Fortführung des Duty-Free-Handels im innergemeinschaftlichen Reiseverkehr der EU einzusetzen, erklärte der Vorsitzende der Arbeitsgruppe Fremdenverkehr und Tourismus der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Rolf Olderog:

Gute Nachricht für die strukturschwachen norddeutschen Küstenländer: Die Bundesregierung 1st bereit, sich für die Fortführung des Duty-Free-Handels im innergemeinschaftlichen Rei-Severkehr der EU über den 30. Juni 1999 hinaus einzusetzen. Dies hat Bundeskanzleramtsmini-Ster Friedrich Bohl ausdrücklich bestätigt. Aus Ordnungspolitischen Gründen hatte es bei der Bundesregierung dagegen lange Zeit Widerstand gegeben. Die jetzt positive Entscheidung der Bundesregierung ist durch den über Viele Monate geleisteten Einsatz insbesondere der norddeutschen CDU-Bundestagsabgeordneten erreicht worden. Im norddeutschen Küstenraum geht es vor allem darum, rund 3.000 Arbeitsplätze, insbesondere auf Fähren auf Ausflugsschiffen, zu retten. In einer Zeit, in der wir um jeden Arbeitsplatz kämpfen, huß dieser Gesichtspunkt vor allen anderen Vorrang haben.

Aber auch die öffentlichen Kassen in Deutschland machen bei der Fortführung von Duty-Free kein Minus. Durch Vermeidung von Arbeitslosigkeit, durch Sozialbeiträge sowie bei Duty-Free anfallenden Steuereinnahmen werden die Einnahmeausfälle des Staates an anderer Stelle mehr als ausgeglichen. Das ausführliche gemeinsame Gutachten von PROGNOS und vom Institut für Seeverkehrswirtschaft und Logistik in Bremen weist hämlich nach, daß dem Staat und den Sozialversicherungsträgern durch Wegfall von Duty-Free Einnahmen in Höhe von 26,9 Mio. ECU entgehen würden sowie

30,1 Mio. ECU Arbeitslosengeld und -hilfe gezahlt werden müßten. Die Negativeffekte der Abschaffung überwiegen also.

Wichtig für die Meinungsbildung in der Bundesregierung war ein einmütig angenommener Beschluß des Deutschen Bundestages, der sich für die Fortführung von Duty-Free aussprach. Er geht auf eine Initiative der Arbeitsgruppe Fremdenverkehr und Tourismus der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zurück. Auch der CDU-Bundesparteitag in Leipzig hat einem entsprechenden Antrag zugestimmt. Hilfreich war auch ein einmütiger Beschluß des Bundesrates, den die schleswig-holsteinische Landesregierung beantragt hatte.

Bundesfinanzminister Waigel hat bereits in Brüssel erste Gespräche mit Vertretern der EU-Kommission und anderer EU-Mitgliedsländer geführt. Dabei zeigte sich, daß auf der europäischen Ebene und in Brüssel noch viel Überzeugungsarbeit zu leisten ist. Insbesondere die EU-Kommission lehnt eine Verlängerung ab. Voraussetzung für eine Änderung des Europäischen Rechts, das gegenwärtig noch das Auslaufen des steuerfreien Verkaufs für Mitte 1999 vorsieht, ist ein einstimmiger Beschluß des Europäischen Ministerrats sowie zusätzlich eine Initiative der Europäischen Kommission.

Dennoch sind wir insgesamt optimistisch. Unterstützung erwarten wir vom Europäischen Parlament, in dem sich bereits unter den Abgeordneten eine Initiative für Duty-Free ("friends of duty-free") gebildet hat. Wir Tourismuspolitiker wollen uns mit allem Nachdruck auch auf internationalem Feld einsetzen – bis zur endgültigen Entscheidung.

## Beamtenversorgung durch Gesetzentwurf der Koalition gesichert

Zum Versorgungsreformgesetz 1998 erklärte der innenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Erwin Marschewski und der Berichterstatter zum Beamtenrecht Meinrad Belle:

Die Alterssicherungssysteme weisen in Deutschland ebenso wie in anderen Industrieländern erheblichen Anpassungsbedarf auf. Grund dafür ist neben der Veränderung der allgemeinen Rahmenbedingungen insbesondere die demographische Entwicklung. Zusätzlich lassen bei der Beamtenversorgung die erhöhten Einstellungen bei der Polizei und im Bildungswesen in den nächsten Jahren eine Pensionslast erwarten, die die Möglichkeiten der öffentlichen Haushalte sprengt.

Um dies zu verhindern, wurden Vorschläge für die notwendigen Anpassungen der Versorgungssysteme des öffentlichen Dienstes ausgearbeitet. Ein erheblicher Teil dieser Vorschläge ist bereits mit dem Dienstrechtsreformgesetz umgesetzt worden wie z.B. Verstärkung des Grundsatzes "Rehabilitation vor Versorgung" oder Anhebung der allgemeinen Antragsaltersgrenze für Bundesbeamte.

Zur weiteren Umsetzung dient der Entwurf des Versorgungsreformgesetzes, dessen Ziel es ist, das eigenständige Alterssicherungssystem der Beamtenversorgung langfristig zukunftssicher zu machen.

Zugleich werden im Hinblick auf die mit dem Rentenreformgesetz 1999 verwirklichten Neuregelungen bei der gesetzlichen Rentenversicherung gleich gerichtete und wirkungsgleiche Änderungen im Beamtenbereich sichergestellt.

Um die in den Jahren 2020 bis 2022 erwarteten gesamtwirtschaftlichen Spitzenbelastungen durch Beamtenpensionen aufzufangen, sollen Beamte und Pensionäre künftig selbst einen Beitrag leisten. Mit der Einbehaltung eines Teils der Bezügeanpassungen in den Jahren 1999 bis 2013 und der Zuführung dieser Mittel zu entsprechenden Sondervermögen des Bundes und der Länder wird eine Versorgungsrücklage in Höhe von ca. 62 Mrd. DM entstehen, die die öffentlichen Kassen entlastet. Durch die Verringerung der Einkommenszuwächse wird zugleich eine allmähliche Absenkung des Besoldungs- und Versorgungsniveaus um etwa

#### Das Einsparziel des Versorgungsberichts wird erreicht.

3% erreicht, die zu dauerhaften Einsparungen in den öffentlichen Kassen führt. Es sind jedoch noch weitere Maßnahmen zur Umsetzung des Versorgungsberichts vorgesehen, um eine niedrige Versorgungsquote zu halten. Dazu gehören u.a.:

- Neuordnung und Straffung des Zulagenwesens (Einfrieren der dynamischen Stellenzulagen und Wegfall der Ruhegehaltsfähigkeit),
- Anhebung der besonderen Altersgrenzen im Vollzugs- und Soldatenbereich. Diese erfolgt nicht, wenn der Vollzugsbeamte 30 Jahre und davon die letzten 15 Jahre vor der Pensionierung Schichtdienst geleistet hat,
- Verlängerung der Wartefrist für die Versorgung aus einem Beförderungsamt,
- Verschärfung der Hinzuverdienstrege

## Weiterhin zinsgünstige Kredite für den Mittelstand

Zum Beschluß des Finanzausschusses des Deutschen Bundestages, die Steuerermäßigung für die Fördergebietsanleihe der Kreditanstalt für Wiederaufbau und der Deutschen Ausgleichsbank zu verlängern, erklärten der Sprecher der ostdeutschen CDU-Bundestagsabgeordneten, der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Paul Krüger und der Leipziger CDU-Bundestagsabgeordnete Gerhard Schulz:

Für eine Verlängerung von zwei wichtigen Programmen für Betriebe in den neuen Ländern sind die Weichen gestellt worden. Mit dem Beteiligungsfonds Ost und dem Eigenkapitalergänzungsprogramm können gerade kleine und mittlere Unternehmen weiterhin zinsgünstige Kredite erwerben. Eine entsprechende Änderung des § 7 a Fördergebietsgesetz wurde nun im Finanzausschuß des Deutschen Bundestages beschlossen.

Die beiden von der KfW und der DtA finanzierten Programme kommen ins-

besondere expandierenden Betrieben, die frisches Eigenkapital benötigen, zugute. Ebenso werden selbständige Unternehmen im Bereich der mittelständischen, gewerblichen Wirtschaft unterstützt. Unter anderem werden Produktentwicklungs- und Markteinführungskosten sowie Schulungsmaßnahmen gefördert.

#### Abzug von der Steuerschuld

Steuerpflichtige können einen Abzug von der Steuerschuld in Anspruch nehmen, wenn sie die Fördergebietsanleihe bis Ende des Jahres 2000 zeichnen. Der Abzug von der Steuerschuld soll 12 % des Betrags der gezeichneten Fördergebietsanleihe, höchstens jedoch 50 % der Einkommenssteuer nicht übersteigen.

Mit der getroffenen Entscheidung ist die Fortführung dieser beiden Förderaktivitäten des Bundes für die neuen Länder gewährleistet.

lungen bei einer fünfjährigen Übergangsregelung,

- Einschränkungen bei politischen Beanten,
- Einführung einer Altersteildienstzeit,
- Absenkung der Anwärterbezüge und
- Neuregelung der Versorgung bei Dienstunfähigkeit – Anpassung an rentenrechtliche Regelungen,
- Schließung der Versorgungslücke bei Empfängern der Mindestversorgung im Beitrittsgebiet.

Diese Vorschläge dienen dazu, das System der Besoldung und Versorgung im öffentlichen Dienst gerade auch im Interesse der Beamten und Versorgungsempfänger für die Zukunft zu sichern. Im Zusammenhang mit den durch das Dienstrechtsreformgesetz und durch weitere Maßnahmen bereits realisierten Einsparungen wird das Einsparziel des Versorgungsberichts (5 bis 6 Mrd. DM im Jahr 2008) erreicht. Dazu kommt das Volumen der Versorgungsrücklage und die damit einhergehende dauerhafte Einsparung.

## Klares Nein zur Ausbildungsplatzabgabe

Anläßlich der Sachverständigen-Anhörung zur Berufsausbildungsfinanzierung erklärte der Berichterstatter der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Bildungs- und Forschungsausschuß, Werner Lensing:

Die vom Ausschuß für Bildung, Wissenschaft, Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung durchgeführte Sachverständigen-Anhörung ergab ein deutliches Votum gegen die Ausbildungsplatzabgabe. Damit befinden sich die Koalitionsfraktionen bei ihrem klaren Nein zu den Gesetzesinitiativen von SPD. Bündnis 90/Die Grünen und PDS nicht nur im Konsens mit allen Wirtschaftsministern der Länder und mit dem Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, sondern sie befinden sich zugleich in Übereinstimmung mit vielen Wissenschaftlern sowie allen Spitzenverbänden von Industrie und Handwerk.

Insgesamt konnten auch die von SPD und Grünen bestellten Experten keine befriedigende Antwort auf die zahlreichen Fragen zur schier unlösbaren Problematik einer Umlagefinanzierung geben:

- Wie soll der gewaltige und zum Teil doppelt anfallende administrative Aufwand bei der Befragung von über 1 Mio. Betrieben bewältigt werden können?
- Nach welchen Kriterien will man eine eindeutige Bemessungsgrundlage oder eine gerechte Höhe des Abgabensatzes finden?
- Wer soll die erforderlichen komplexen Angaben der Betriebe erstellen? Wer kann sie kontrollieren?

- Wie kann das "Freikaufen" der Betriebe von ihrer Ausbildungspflicht verhindert werden?
- Durch welche Maßnahmen will man die berufsstrukturelle Fehlsteuerung abwenden, die durch den Zukauf von Ausbildungsplätzen in Wunschberufen fern jeglicher marktwirtschaftlicher Prinzipien entsteht? Wie will man die in solchen Berufen ausgebildeten Jugendlichen später auf dem Arbeitsmarkt unterbringen?

#### Deutlicher Anstieg bei den neuen Ausbildungsverträgen

Die Anhörung bewies es: Ein Berufsausbildungsfinanzierungsgesetz ist nicht einmal vom Ansatz her in der Lage, einen effektiven Beitrag zur Lösung der anstehenden Aufgaben auf dem Ausbildungsstellenmarkt zu leisten. Es fördert höchstens ein großes Beschäftigungsprogramm für Bürokraten. Jedes Plädoyer, endlich der ausufernden Bürokratie zum Wohle des Wirtschaftsstandortes Deutschland Einhalt zu gebieten, gerät durch die Gesetzesentwürfe der Opposition zur Farce.

Dagegen setzt der richtige Ansatz der Regierungskoalition zur Verbesserung der Stuation auf dem Ausbildungsmarkt in bewährter Manier auf Freiwilligkeit und Kooperation. Angesichts des bewährten und im Ausland hochangesehenen dualen Systems unserer Berufsausbildung benötigen wir allerdings gezielte Verbesserungen im Detail. Auch hier kann sich die von den Koalitionsfraktionen getragene Bundesregierung mit ihrem "Reformprojekt Beruf-

#### Helmut Kohl will EURO-Gutachten

Die Bundesbank soll bis zur Kabinettssitzung am 27. März ein Gutachten zur Einführung des EURO vorlegen. In einem Brief an Bundesbankpräsident Hans Tietmeyer hat Bundeskanzler Helmut Kohl die Währungshüter um eine "schriftliche Stellungnahme zur Konvergenzlage in der Europäischen Union mit Blick auf die dritte Stufe der Wirtschaftsund Währungsunion" gebeten.

Helmut Kohl betonte in dem Schreiben, die Anfang Mai anstehende Entscheidung über den Teilnehmerkreis der Europäischen Währungsunion sei "von historischer Tragweite". Im Rahmen der im Bundesbankgesetz vorgesehenen Beratung der Bundesregierung in Angelegenheiten von wesentlicher währungspolitischer Bedeutung bitte er daher um eine entsprechende Stellungnahme.

Die Konvergenzberichte der EU-Kommission und des Europäischen Währungsinstituts sowie die Empfehlungen der Kommission zum Teilnehmerkreis der Währungsunion würden am 25. März dem Rat vorgelegt, schrieb Kohl. Das Bundeskabinett werde sich am Nachmittag des 27. März mit diesen Berichten und Empfehlungen befassen und die Haltung der Bundesregierung festlegen. "Ich hielte es daher für wünschenswert, wenn die Stellungnahme der Deutschen Bundesbank zu diesem Zeitpunkt vorläge", erklärte der Bundeskanzler.

liche Bildung" im Einklang mit der Position des Sachverständigenrates sehen.

Dieser empfiehlt statt ineffizienter fiskalischer Lenkung eine deutliche Stärkung der Anreizmechanismen. Hierzu gehören

- die Schaffung innovativer und die Modernisierung bestehender Ausbildungsordnungen,
- eine flexible Organisation des Berufschulunterrichts sowie
- eine Zurückhaltung bei den Ausbildungsvergütungen.

Weitere Chancen bieten Ausbildungsverbünde, Teilqualifikationen für Lernschwächere, Mobilitätsförderung von Jugendlichen und die Vermeidung von Mehrfachbelegungen – zweifellos weniger spektakuläre, dafür aber um so nützlichere und effizientere Chancen, auch in Zukunft zu einer ausgeglichenen Bilanz auf dem Ausbildungsmarkt zu kommen. Der deutliche Anstieg bei den neuen Ausbildungsverträgen im Jahr 1997 liefert eine deutliche Bestätigung der Politik der Bundesregierung.

## Sozialhilfeempfänger tragen Briefe aus

Geldnot macht erfinderisch – auch bei Behörden: Der Berliner Bezirk Tiergarten hat erstmals zwei Sozialhilfeempfänger eingestellt, um Bezirkspost austragen zu lassen.

Die neuen Mitarbeiter tragen täglich 480 bis 600 Briefe aus und bekommen statt Sozialhilfe jetzt 2000 Mark netto Gehalt.

Nur Einschreiben und Postzustellurkunden bringt weiterhin der Briefträger. Allein in den ersten drei Monaten hat der Bezirk mit den beiden neuen Mitarbeitern 15.000 Mark Portokosten eingespart.

Der Berliner Senat prüft jetzt, ob der Versuch auf die ganze Verwaltung ausgedehnt werden kann.

#### Bundeskanzler Helmut Kohl:

## Stiftungsrecht in die Steuerreform einbauen

Ich bin froh über diese Debatte, weil sie zeigt, daß wir ungeachtet der anderen großen und bedrückenden Probleme den Kompaß für die Zukunft unseres Landes nicht aus den Augen verlieren. Ich will allerdings auch durchaus sagen, daß ich dann, wenn der Deutsche Bundestag hierüber debattiert, schon erwarten kann, daß auch der Deutsche Bundesrat in einer entsprechenden Weise vertreten ist.

Es geht hier nicht um einen Streit zwischen Bund und Ländern. Es geht nicht darum, daß wir die Verfassung aushöhlen und kippen wollen. Die Verfassung ist unser gemeinsames Grundgesetz. Wir, die tragenden politischen Gruppierungen, haben sie vor etwa 50 Jahren auf den Weg gebracht. Wir haben sie im Prozeß der deutschen Einheit noch einmal ausdrücklich bestätigt. Ich bleibe auch jetzt in diesem Amt und nach meinen täglichen Erfahrungen dabei, daß die föderale Ordnung die beste Ordnung ist, die die Deutschen und ihre Geschichte je erworben haben. Wir wollen daran festhalten. Darüber kann es keine Debatte geben.

Daß das keine bequeme Ordnung ist, ist auch wahr. Daß man darin nicht einfach, wie von einer Zentrale aus, bestimmen kann, hat sich in unserer Geschichte immer als gut erwiesen. Wenn Sie die Gleichschaltungstendenzen unter zwei Regimen – braun und rot – in diesem Jahrhundert betrachten, wissen Sie, daß die föderale Ordnung ihren tiefen Sinn hat.

Für mich gehört es zu den ganz großen Erfahrungen, wie in den Monaten, Wochen, ja Stunden der deutschen Einheit die alten Länder in der damaligen DDR plötzlich über Nacht wiedererstanden waren und wie deutlich das Bewußtsein zu spüren war, daß eine gewisse landsmannschaftliche Zugehörigkeit bestand, die gar nichts mit Enge und gar nichts mit einer Beschränktheit zu tun hat.

#### Subsidiarität bewahren

Die Geschichte unseres Volkes ist eine Geschichte von vielen Landschaften mit großen Traditionen, die sich auch gegenseitig befruchten. Auch wenn es manchen unserer Freunde und Partner in der EU

#### Aus der kulturpolitischen Debatte im Deutschen Bundestag am 12. Februar

schwerfällt: Ich bin zutiefst davon überzeugt, daß nur dieses Modell im vereinten Europa eine Chance haben wird, und zwardas Modell, in dem die Subsidiarität wirklich gewahrt bleibt. Ich bedaure immer noch, daß es allen Bemühungen zum Trotznicht gelungen ist – auch jetzt im Maastricht-Vertrag nicht –, die drei Säulen Bund, Länder und Gemeinden, die damals auch im Parlamentarischen Rat diskutiert wurden, stärker – auch mit Blick auf die Gemeinden – im europäischen Statut zu verankern.

Wir werden in diesem Europa keine gute Zukunft haben, wenn wir das, was die Menschen als ihre Heimat empfinden, was etwas mit Wärme, Tradition und Geschichte in besonderer Weise zu tun hat, was aufs engste mit dem Kulturerbe im besten Sinne des Wortes verbunden ist, nicht erhalten. Deswegen hat das, was wir hier debattieren, nichts mit einer Wegnahme von föderalen Strukturen zu tun.

Aber – dies muß man ebenso klar sagen: Es gibt die nationale Kultur der Deutschen. Diese nationale Kultur der Deutschen hat sowohl eine spezielle Verbindung zu den Landschaften als auch Außenrepräsentanz. Das betrifft nicht nur die Frage, was die Abteilung des Auswärtigen Amtes für deutschsprachige Schulen tut. Das ist ganz wichtig. Aber es betrifft zum Beispiel auch die Expo. Die Expo stellt dar, daß Deutschland an der Schwelle zu einem neuen Jahrhundert steht. Das geht über das Regionale und Föderale hinaus.

#### Lebenstraditionen

Die europäische Entwicklung erzwingt auch von der Bundesrepublik Deutschland und ihren Bürgerinnen und Bürgern eine nationale Existenz im Bereich des Kulturellen. Es ist nicht einfach, das in Brüssel klarzumachen; denn die Lebenstraditionen unserer Partner sind völlig anders. Frankreich hatte zu allen Zeiten eine zentrale Hauptstadt, von der das kulturelle Geschehen ausgegangen ist.

Wir sind stolz darauf, daß wir in unserem Land viele große Kapitalen haben. Wir Wollen diese behalten. Deswegen wollen Wir die alte und neue Hauptstadt Berlin so ausbauen, wie wir das gemeinsam wünschen: im Anschluß an eine große Tradition in der Zeit vor der Nazibarbarei, als Berlin einer der ganz großen Mittelpunkte der Erde, nicht nur Europas war.

Die SPD beklagt, daß der Bund nicht genug für Berlin tut. Ich vermisse allerdings Ihre Stimme, wenn es darum geht, den Umzug nach Berlin zu verteidigen. Beispielsweise habe ich von der SPD-Frakti-

on kein Wort gehört, als der Deutsche Bundesrat im Zusammenhang mit dem Berlin-Beschluß entschieden hat, in Bonn zu bleiben. Jeder wußte, daß dies ein reiner Wahlkampfbeschluß war, mit dem man den Leuten Sand in die Augen streute. Als dann der bayerische Ministerpräsident, Edmund Stoiber, Bundesratspräsident wurde, hat er den Antrag eingebracht, daß auch der Bundesrat nach Berlin ziehen soll. Die Länder Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Saarland haben dagegen gestimmt.

#### Vorhaben in Berlin

Die Art und Weise, wie Sie es betreiben, den Bund in Berlin anzuklagen, mehr Geld zu fordern und zu Hause in den Bundesländern zu kneifen und zu sagen "Das ist eine Sache der Bundesregierung", ist ein absolut unerträgliches Verfahren. Immerhin ist im letzten Jahr eine halbe Milliarde DM unter der Überschrift "Förderung kultureller Einrichtungen – Vorhaben in Berlin" nach Berlin gegeben worden. Natürlich ist das eine Menge Geld. Sehen Sie sich einmal in anderen Bundesländern um.

Gehen Sie einmal nach Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen, Brandenburg oder Mecklenburg-Vorpommern. Da höre ich unentwegt überall die Klage: Ihr tut viel zuviel für Berlin. – Bleiben Sie also bitte bei der Wahrheit.

Ich will bei der Gelegenheit auch sagen: Natürlich vertreten wir auch in Brüssel unsere Interessen. Sie haben dazu ebenfalls Gelegenheit. Sie können beispielsweise eine Kommissarin, die Ihnen nicht gänzlich unbekannt ist, in Ihre Fraktion einladen und sie berichten lassen, wer in Brüssel in Sachen Buchpreisbindung kämpft. Ich will ferner dazu sagen: Ich habe bei den Diskussionen, die ich – ich beschwere mich nicht, das ist meine Aufgabe - mit dem Ziel geführt habe, die Buntheit unseres kulturellen Geschehens auch durch Bestimmungen des Maastricht Vertrags nicht beschädigen zu lassen, nicht viel Unterstützung im Zusammenhang mit dem Abschluß des Maastrichter Vertrags erfahren.

#### Stiftungsrecht: Neues Denken

Ich komme zu dem Thema zurück, das ich vor allem ansprechen will. Wenn ich von der Zukunftssicherung Deutschlands aus meinem Verständnis spreche, so gehört die Frage der Kulturlandschaft der Deutschen im 21. Jahrhundert dazu. Ich bin absolut sicher, daß wir mit unserem bisherigen Denken im Bereich des Stiftungsrechts nicht weiterkommen werden, weil sich die Gesellschaft enorm verändert hat. Das fängt mit der demographischen Situation an, da in der Breite des zu Vererbenden völlig andere Größenordnungen eingetreten sind. Die Tatsache, daß wir 50 Jahre lang Frieden hatten, hat dazu geführt, daß enorme Vermögenszuwächse entstanden sind, und zwar auch in der breiten Mittelschicht.

Der Gedanke "Was wird später aus dem, was ich erarbeitet habe? Wo kann ich für die Gesellschaft etwas Gutes tun?" ist in unserem Stiftungsrecht mit Sicherheit nicht ausreichend berücksichtigt. Ich glaube nicht daran, daß wir - bei völlig anderen steuerlichen Verhältnissen - die mir sympathische, vor allem im Ergebnis sympathische Möglichkeit der Vereinigten Staaten bei uns haben werden, aber ich glaube schon, daß man im Stiftungsrecht nur wirklich positiv und dauerhaft etwas tun kann, wenn man den Mut hat, diese Frage in die große Steuerreform einzubauen. Ohne eine Grundsatzentscheidung in dieser Frage wird es nicht gehen.

Man kann die Förderungen nicht gegeneinander ausspielen, indem man sagt: hier Sportförderung, hier Kulturförderung und morgen soziale Förderung. Es gibt nicht wenige in unserem Land, die auf Grund sehr persönlicher Schicksale eine besondere Sympathie und Bereitschaft haben, etwas im sozialen Bereich zu tun.

Die Beobachtungen, die ich bei der Arbeit meiner Frau auf diesem Gebiet machen kann, bestärken mich in dieser Meinung. Deswegen glaube ich, daß wir wirklich einmal überlegen müssen, ob wir den Mut haben, an die Grundsatzfrage heranzugehen. Dann muß man vielleicht auch darüber reden, wie die Anteile zwischen Bund und Ländern an dem Geld sein sollen und vieles andere mehr. Alles wird am Ende in die Frage münden, daß wir etwas Vernünftiges zuwege bringen und finanzieren. Ich setze darauf, daß die bürgerschaftliche Gesinnung in unserem Land viel weiter entwickelt ist, als unter rein fiskalischen Gesichtspunkten gesehen werden kann. Ich setze allerdings auch darauf, daß die menschliche Natur so ist, wie sie ist. Es ist nichts Negatives, wenn jemand sagt: Für die Zeit, in der ich nicht mehr dasein werde, hätte ich gern, daß mein Werk fortgeführt wird und man sich daran erinnert. Ich formuliere es einmal bewußt so.

Die Angelsachsen haben auf diesem Gebiet eine viel offenere Betrachtungsweise, weil sie bezüglich der Frage des Erwerbs von Vermögen viele Komplexe nicht mit sich schleppen, die in Deutschland in der Neidgesellschaft jeden Tag erneut gepflegt werden. Aber ich würde schon darum bitten, daß wir die Frage, die Sie hier zu Recht aufgeworfen haben und die übrigens nicht neu ist, auch unter diesem Gesichtspunkt sehen.

#### Teil einer Steuerreform

Lassen Sie mich ein Letztes sagen. Wir waren in der Sache viel weiter. Das gebe ich gerne zu. Ich habe das aus guten Gründen in meiner ersten Regierungserklärung und in den Jahren danach gesagt. Wir sind

#### Kultursponsoring nochmals verbessert

Die Kulturbeauftragte der CDU/ CSU-Bundestagsfraktion, Erika Steinbach, erklärte zum Kultursponsoring:

Der Erlaß zum Kultursponsoring von Bund und Ländern vom 9. Juli 1997 hat die steuerlichen Abzugsmöglichkeiten der Sponsoren wesentlich verbessert und für den Empfänger Möglichkeiten der steuerfreien Vereinnahmung von Sponsorengeldern aufgezeigt. Letzteres hat in der Praxis leider nicht zu dem erhofften Ergebnis geführt, mehr Geld bei den Kultureinrichtungen zu belassen.

Der Bundesminister der Finanzen hat nun in Übereinstimmung mit den Ländern durch Erlaß die ertragsteuerliche Belastung der Sponsoren-Gelder im Kulturbereich auch beim Empfänger klar geregelt und deutlich reduziert.

Ein wirtschaftlicher Geschäftsbetrieb liegt auch dann nicht vor, wenn der Empfänger der Leistungen z.B. auf Plakaten, Veranstaltungshinweisen, in Ausstellungskatalogen oder in anderer Weise auf die Unterstützung durch den Sponsor lediglich hinweist. Dieser Hinweis kann unter Verwendung des Namens, Emblems oder Logos des Sponsors, jedoch ohne besondere Hervorhebung erfolgen.

Damit dürfte einem wesentlichen Anliegen der Kulturpolitik der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Rechnung getragen sein, die Rahmenbedingungen für private Initiativen und privates Engagement für kulturelle Zwecke zu verbessern.

im Jahre 1988 daran gegangen, die Zahlen zu addieren, und waren mitten auf einem Weg, als wir im Zusammenhang mit der deutschen Einheit vor völlig neue Herausforderungen gestellt worden sind. Es hätte damals kein Mensch verstanden, wenn wir die Frage des Stiftungsrechts vor anderen lebenswichtigen Fragen vorgezogen hätten.

lch schlage vor, daß wir jetzt zumindest ein erstes vernünftiges Gespräch in dieser Frage miteinander führen. Ich bin voller Zweifel, ob man angesichts der gegenwärtigen Finanzsituation wirklich eine Lösung finden kann. Aber vielleicht kann man sich doch einmal darauf verständigen, daß dies ein Teil einer Steuerreform sein muß. Ich bin ganz sicher, daß die große Steuerreform, wie wir sie vorgeschlagen haben, von den Wählern akzeptiert wird

#### Die Zahl der Einbürgerungen ist um ein Fünftel gestiegen

Die Zahl der Einbürgerungen von Ausländern ist 1996 um 20 Prozent gestiegen. Mit 86.356 erhielten 14.375 mehr Ausländer die deutsche Staatsbürgerschaft als im Jahr zuvor. 1995 hat es 61.709 Einbürgerungen gegeben, so das Statistische Bundesamt in Wiesbaden.

Mehr als die Hälfte der Empfänger eines deutschen Passes stammte 1996 aus der Türkei (46.294). Die zweitgrößte Gruppe stellten Vietnamesen (3.553) gefolgt von Marokkanern (3.149) und Jugoslawen (2.967).

Nach Angaben der Statistiker hatten 48.752 und damit mehr als die Hälfte der 1996 eingebürgten Ausländer einen Rechtsanspruch auf einen deutschen Paß; der Rest ist auf dem Ermessensweg eingebürgert worden.

## SPD-Wortbruch auf dem Rücken der Studenten

Vor uns liegt der von den SPD-geführten und CDU/CSU-geführten Bundesländern mit Bundesbildungsminister Jürgen Rüttgers ausgearbeitete und ausgehandelte Gesetzentwurf für ein neues Hochschulrahmengesetz. Im Kern der Debatte stehen dabei zwei Fragen: Was bringt das neue Hochschulrahmengesetz? und: Wie steht es um die Verläßlichkeit der Sozialdemokratie in Deutschland? Zur ersten Frage: Was bringt das neue Hochschulrahmengesetz?

Nun, eine Vielzahl von einengenden Vorschriften wird gestrichen. Aus dem neuen Hochschulrahmengesetz erwachsen neue Möglichkeiten des Wettbewerbs und der Leistungsorientierung der deutschen Hochschulen. Mit anderen Worten: Wir geben den Hochschulen mehr Entscheidungskompetenz, damit sie sich durch größere Dynamik und Leistungsorientierung auf die Herausforderungen des neuen Jahrtausends vorbereiten können.

Die staatliche Finanzierung der Hochschulen orientiert sich künftig an den in Forschung und Lehre erbrachten Leistungen.

Durch den von der CDU/CSU-Fraktion formulierten Änderungsantrag wird erstmals die staatliche Finanzierung der Hochschulen auch von Fortschritten bei der Erfüllung des Gleichstellungsauftrags abhängig gemacht. Dies ist ein Meilenstein in der Frauenförderung der Bundesrepublik. Denn wir wollen nicht, daß der Anteil der Frauen an den C 4-Professuren weiterhin nur 4,8 % beträgt. Der äußerst qualifizierte weibliche Nachwuchs an den Universitäten soll jetzt aufgrund seiner Leistung die Chance bekommen, in die

bisherige Männerdomäne der Spitzenpositionen der deutschen Universitäten vorzudringen.

Wir führen eine systematische Evaluationalso Bewertung – von Forschung und Lehre an den Hochschulen ein. Die Studierenden werden an der Bewertung beteiligt.

Studienberatung und Zwischenprüfungen werden den Studenten frühzeitiger eine Orientierung über den eigenen Leistungsstand vermitteln. Mit der flächendeckenden Einführung des "Freischuß" nehmen wir den Studentinnen und Studenten unnötige Prüfungsangst.

#### **Von Thomas Rachel MdB**

Seit Jahren klagen Studenten über die miserable Lehrtätigkeit von Professoren. Deshalb wird in Zukunft die pädagogische Eignung zur Einstellungsvoraussetzung für Professoren. Dies ist gut so; denn die Hochschullehrer sind für die Studierenden da und nicht umgekehrt.

Mit dem credit-point-system und der Einführung der internationalen Abschlüsse "Bachelor" und "Master" werden dem deutschen Studiensystem entscheidende Impulse gegeben. Sie verbessern die internationale Attraktivität unseres Hochschulstandortes.

All dies und noch viel mehr haben die SPD-geführten Bundesländer und die CDU/CSU-geführten Bundesländer mit dem Bundesbildungsminister im neuen Hochschulrahmengesetz vereinbart. Damit kommen wir zur Frage nach der Verläß-

lichkeit der SPD. Die SPD-Seite kündigt an, gegen das von ihr mitverhandelte Hochschulrahmengesetz zu stimmen, wenn in das Gesetz nicht zusätzlich ein Verbot von Studiengebühren aufgenommen würde. Die SPD versucht also, den von ihr selbst mitgestalteten Entwurf durch ein nachträglich inszeniertes Junktim – nämlich die Verankerung des Verbots von Studiengebühren – zu Fall zu bringen.

#### Kontroverse Auffassungen

Richtig ist, daß die SPD den Wunsch hatte, die Studiengebührenfrage im weiteren Parlamentarischen Prozeß einzubringen. Aber genauso richtig ist, daß allen Seiten vom ersten Moment der Beratung klar war, daß es in der Frage der Studiengebühren unterschiedliche Auffassung gab und weiter geben wird. Hier stehen die Auffassungen verschiedener Bundesländer diametral gegeneinander. Und weil dies so ist, wurde bei der Vorlage des Hochschulgesetzentwurfes im August 1997 weder die Forderung nach Studiengebühren noch das Verbot von Studiengebühren in das gemeinsame Konsensmodell aufgenommen.

#### Parteitaktische Gründe

Wenn die SPD nun im nachhinein die Frage der Studiengebühren als Grund für den Ausstieg aus dem von ihr selbst mitgestalteten Entwurf für die Hochschulreform mißbraucht, ist dies ein Skandal. Wenn sie aus parteitaktischen Gründen die Vereinbarung brechen sollte, dann wollte sie ein gutes Ergebnis verhindern. Ihr Wortbruch würde auf dem Rücken der Studenten und der Hochschulen ausgetragen.

### Knopfzellen-Produktion von Singapur nach Deutschland zurückverlagert

Der Batterienproduzent Varta hat am 17. Februar mit der Fertigung von wiederaufladbaren Knopfzellen im württembergischen Ellwangen begonnen. Wie das Unternehmen mitteilte, wird die gesamte Knopfzellen-Produktion an diesem Standort zusammengefaßt.

Im November hatte der Hersteller angekündigt, sein Werk von Singapur nach Deutschland zu verlegen.

Die Miniaturbatterien werden den Angaben zufolge ohne Cadmium und mit weniger Quecksilber produziert. Insgesamt sollen so pro Jahr 100.000 Kilogramm Schwermetalle eingespart werden. In dem Werk entstehen 70 neue Arbeitsplätze.

Das Bundesumweltministerium hatte das Varta-Pilotprojekt zur Reduzierung von Schwermetallen mit einem zinsverbilligten Darlehen von drei Millionen Mark gefördert. Weitere 1,5 Millionen steuerte das Land Baden-Württemberg bei.

Eigenen Angaben zufolge ist Varta bei wiederaufladbaren Knopfzellen mit mehr als 50 Prozent Anteil der größte Anbieter auf dem Weltmarkt. Die wichtigsten Abnehmer für die Batterien kommen aus der Computerbranche sowie aus der Elektroindustrie. In der Ellwanger Gerätebatterie-Zentrale arbeiten rund 1.300 Beschäftigte.

## Volker Rühe startet Informationsaktion der Bundeswehr

Bundesminister der Verteidigung Volker Rühe wird die diesjährige Informationsaktion der Bundeswehr zur Nachwuchswerbung am 26. Februar 1998 im Zentrum für Nachwuchsgewinnung Ost in Berlin präsentieren. Diese Aktion schließt sich an die Informationsserien zur Wehrpflicht und zum Berufsbild Soldat aus den vergangenen beiden Jahren an.

Im Mittelpunkt der Fernsehspots und begleitender Anzeigen in überregionalen Zeitungen stehen junge Berufs- und Zeitsoldaten, die selbst Grundwehrdienstleistende waren bzw. in ihrer Verwendung eng mit Wehrpflichtigen zusammenarbeiten. Sie verfügen über eine qualifizierte Ausbildung, sind in verantwortungsvollen Verwendungen eingesetzt und haben berufliche Perspektiven innerhalb oder außerhalb der Bundeswehr.

Die Soldaten erklären in der ihnen eigenen Sprache, was für sie der Dienst als Soldat bedeutet. Sie bieten damit jungen Menschen Impulse, sich in der Bundeswehr als Grundwehrdienstleistender zu engagieren, sich als Soldat auf Zeit zu verpflichten oder später sogar Berufssoldat zu werden.

Auftrag, Aufgaben und Selbstverständnis der Bundeswehr werden gegenüber der Öffentlichkeit im Rahmen des Informationskonzeptes dargestellt. Dabei wird auch gezeigt, daß die Bundeswehr attraktive Arbeitsplätze mit Chancen für die Berufsund Lebensplanung junger Menschen bietet. Es wird deutlich, daß die Soldaten der Bundeswehr selbstbewußt für verteidigungswürdige Werte eintreten.

Der Bundesminister der Verteidigung hat bewußt die Bundeshauptstadt Berlin mit ihrem Zentrum für Nachwuchsgewinnung für die Präsentation der neuen Informationsaktion ausgewählt, um die herausragende Stellung dieser Stadt für die Bundeswehr und für die Armee der Einheit zu demonstrieren.

Zentrale Themen der Informationsaktion sind "Erlebte Kameradschaft" und "Füreinander Einstehen". Authentische, prägnante Aussagen von Soldaten sind unterlegt mit dokumentarisch fotografierten Aufnahmen. Zusätzlich zu den Aussagen über Bundeswehr, Wehrdienst und Beruf zeigen die Spots in Wort und Bild: Die Bundeswehr steht gleichzeitig für Werte wie Kameradschaft, Hilfsbereitschaft, Teamgeist, Solidarität und Hilfe für Menschen in Not.

## Kirchbach neuer Generalinspekteur

Generalmajor Hans-Peter von Kirchbach, so hat Bundesverteidigungsminister Volker Rühe entschieden, wird zum 1. April 1999 die Nachfolge von General Hartmut Bagger als Generalinspekteur der Bundeswehr antreten. Kirchbach, derzeit Kommandeur der 14. Panzerdivision in Neubrandenburg, wird am 1. April dieses Jahres Kommandierender General des IV. Korps in Potsdam.

Einen Namen hat sich von Kirchbach als Verantwortlicher im Einsatz gegen das Oder-Hochwasser 1997 gemacht.

## **Bundesratsinitiative sinnvoll**

Zum Beschluß des Bundesrates über eine Verschärfung des Asylbewerberleistungsgesetzes erklärte der gesundheitspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Wolfgang Lohmann:

Der Bundesrat hat mehrheitlich einen Gesetzentwurf beschlossen, der den Anspruch auf Leistungen in bestimmten Fällen ausschließt. Für den normalen Asylbewerber, der in Deutschland Zuflucht sucht, ändert sich danach nichts.

Lediglich Personen, die gar kein Asyl beantragen wollen, die mißbräuchlich (z. B. durch Paßvernichtung) ihren Aufenthalt widerrechtlich verlängern oder die unser Gastrecht trotz Wegfall des Fluchtgrundes (z. B. Bürgerkrieg) weiter beanspruchen wollen, sind davon betroffen. Den vermehrt festzustellenden Schlepperbanden wird so ihr schmutziges Handwerk wesentlich erschwert. Bei Verweigerung zumutbarer Arbeit, dem Datenaustausch zwischen Sozial- und Ausländeramt sowie der Unterstützung des nichtehelichen Lebenspartners werden Anpassungen vorgeschlagen, die bei Sozialhilfeempfängern bereits

weitgehend praktiziert werden. Kirchliche Gruppen, Bündnis 90/Die Grünen und der linke Flügel der SPD bekämpfen diese Maßnahmen mit völlig überzogener Kritik. Vom "Aushungern" bis zum "Rassismus" reicht das Vokabular. Wer jedoch diese Maßnahmen ablehnt, der muß auch den Kommunalpolitikern in ganz Deutschland sagen, daß sie die ohnehin schon zusammengestrichenen freiwilligen Leistungen in den Bereichen Soziales, Jugend, Kultur und Sport weiter zusammenstreichen müssen, um Personen den Aufenthalt zu finanzieren, deren Gastrecht abgelaufen ist oder die durch illegale Handlungen die Leistungen verwirken. Übrigens hindert der Gesetzentwurf die Kirchen nicht, selbst Hilfe an diesen Personenkreis zu gewähren.

Bedauerlich ist, daß die SPD-geführten Bundesländer von Februar 1996 bis April 1997 ihre ganz Kraft dazu genutzt haben, unsere Reform des Asylbewerberleistungsrechts zu behindern, anstatt gemeinsam mit uns an zweckmäßigen Lösungen mitzuwirken.

### Internationale Jugendbegegnung in Mexico City

er christlich-demokratische Kinder- und Jugendverband Frischluft e. V. lädt Jugendliche und junge Erwachsene herzlich ein, im Rahmen einer internationalen Jugendbegegnung die Kultur Mexikos zu entdecken und näher kennenzulernen. Der besondere Reiz der Landschaften, die Rätsel der Vergangenheit, die Herzlichkeit und ausgeprägte Gastfreundlichkeit machen Mexiko einzigartig. Wir werden gemeinsam mit der Partnergruppe in die Kultur der Mayas eintauchen und deren Lebenswelt verstehen lernen. Des weiteren werden wir mit einer exklusiven Partnergruppe das Bildungssystem in Mexiko kennenlernen. Die Unterkunft erfolgt in mexikanischen Gastfamilien. Da nur 10 Teilnehmer vorgesehen sind, sollte die Anmeldung rechtzeitig erfolgen. Termin: 16. 5.–30. 5. 1998, Preis: 1.450,– DM für Mitglieder, 1550,– DM für Nicht-Mitglieder, Leistungen: Flug, Unterkunft, Programm und Führungen. Interessenten können sich an die Bundesgeschäftsstelle von Frischluft e. V. wenden: Frischluft e. V., Postfach 24 01 16, 53154 Bonn, Tel. (02 28) 31 00 23, Fax (02 28) 31 47 03.

## Ostkassenhilfe ist praktizierte Solidarität

Zur 2/3. Lesung des GKV-Finanzstärkungsgesetzes im Deutschen Bundestag erklärte Bundesgesundheitsminister Horst Seehofer:

In kürzester Frist ist es nach der Deutschen Einheit gelungen, auch im Osten das hohe Niveau des Westens in der medizinischen und pflegerischen Versorgung im Gesundheitswesen zu erreichen. Dieser Erfolg ist durch die aktuelle Wirtschaftslage in Gefahr, denn die Haushalte der Ostkassen haben aufgrund der Arbeitsmarktsituation Beitragsausfälle. Diese Einnahmenschwäche kann ohne Hilfe aus eigener Kraft nicht bewältigt werden.

Weitere Beitragserhöhungen hätten schwerwiegende Folgen für Wirtschaft und Beschäftigung in den ostdeutschen Ländern. Sie würden die weiterhin notwendige Fortsetzung der Angleichung in der Krankenversicherung nachhaltig beeinträchtigen und die Leistungsfähigkeit des Systems der gesetzlichen Krankenversicherung insgesamt in Frage stellen.

Zur Bewältigung dieser Probleme müssen die Finanzgrundlagen der gesetzlichen Krankenversicherung in den neuen Ländern gestärkt werden. Das GKV-Finanzstärkungsgesetz enthält die dazu notwendigen Maßnahmen.

Die Krankenkassen in den neuen Ländern erhalten durch die Einführung eines gesamtdeutschen Risikostrukturausgleiches ab 1. Januar 1999 zusätzliche Mittel in einer Größenordnung von rund 1,2 Mrd. DM im Jahr. Dies entspricht rechnerisch einer Entlastung von rund 0,4 Beitragssatzpunkten und einer Belastung in den alten Ländern von knapp 0,1 Beitragssatzpunkten. Durch die gesetzliche Begren-

zung der West-Ost-Transfers auf höchstens 1,2 Mrd. DM ist 1999 eine höhere Be- oder Entlastung ausgeschlossen. Die Westkassen haben erklärt, diese solidarische Hilfe schultern zu können, ohne daß es zu nennenswerten Beitragssatzerhöhungen kommt.

Es bleibt jedoch dabei, daß die Ostkassen weiter sparsam wirtschaften müssen. Die Krankenkassen und die Landesregierungen sind und bleiben aufgefordert, alle Möglichkeiten der Einsparungen auszuschöpfen und im Vergleich zu den alten Ländern überdurchschnittlich hohe Lei-

Ein gesamtdeutscher Risikostrukturausgleich soll die Finanzen der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) in den neuen Ländern stärken.

stungsausgaben, wie zum Beispiel bei Fahrtkosten, Arzneimitteln und Verwaltungskosten, abzubauen. Daß solche Einsparungen möglich sind, zeigen die Finanzergebnisse des 3. Quartals 1997.

Zusätzlich erhalten die Krankenkassen bis Ende 1998 die Möglichkeit, unter engen Voraussetzungen Kredite zum Ausgleich ihres Defizits aufzunehmen. In der Zeit bis zur Umsetzung des gesamtdeutschen Risikostrukturausgleichs werden Selbsthilfemaßnahmen auf freiwilliger Basis innerhalb der jeweiligen Krankenkassen oder Krankenkassenart über bereits bestehende Möglichkeiten hinaus erleichtert.

### Tragfähiges Gesetz für Ost-Krankenkassen

Zur Beratung um die Einführung eines gesamtdeutschen Risikostrukturausgleichs erklärten der Sprecher der ostdeutschen CDU-Bundestagsabgeordneten und stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Paul Krüger, und die gesundheitspolitische Sprecherin der Gruppe der ostdeutschen CDU-Bundestagsabgeordneten, Angelika Pfeiffer:

Die ostdeutschen Unionsabgeordneten begrüßen die Entscheidung der Koalition, den gesamtdeutschen Risikostrukturausgleich bereits 1999 einzuführen. Diese gemeinsam von den ostdeutschen CDU-MdBs, den Gesundheitspolitikern der Koalition sowie der Bundesregierung, insbesondere Bundesminister Seehofer erarbeitete Lösung ist ein tragfähiges Konzept zur Sicherung der Funktionsfähigkeit der Krankenkassen in den neuen Län-

dern. Es sichert ab, daß die Krankenkassen und das Gesundheitswesen in Ost und West unter vergleichbaren Bedingungen arbeiten können, obwohl die ostdeutschen Krankenkassen aufgrund des unterschiedlichen Lohnniveaus im Vergleich zu westdeutschen Kassen erhebliche Mindereinnahmen haben. Damit ist eine gleiche medizinische Betreuung in Ost und West abgesichert. Für die ostdeutschen Versicherten wird zugleich eine unbillige Kostenbelastung durch drastische Beitragserhöhungen vermieden.

Bestrebungen nach einer Regionalisierung ab dem Jahre 2002 weisen wir als nicht sachgerecht und unsolidarisch zurück. Notwendig ist jetzt eine möglichst rasche Billigung der Vorlage durch den Bundesrat, damit Kassen und Versicherte in Ostdeutschland Rechts- und Planungssicherheit haben.

Dieses zeitlich abgestufte Maßnahmenbündel durch das GKV-Finanzstärkungsgesetz ist auf drei Jahre befristet. Damit wird den Prognoseunsicherheiten über die Weitere Finanzentwicklung Rechnung getragen. Der Gesetzgeber wird dadurch zu einer zeitnahen Überprüfung der Neuregelung veranlaßt. In der Zwischenzeit werden mit einem Gutachten ergebnisoffen alle Fragen untersucht, um die anschließende Entscheidung vorzubereiten.

Es ist nur recht und billig, daß in einer Zeit der freiwilligen Selbsthilfe, die Kassen, die sie leisten, nicht durch Zuzahlungserhöhungen bestraft werden. Andernfalls würden die Versicherten der Krankenkassen, die mit dem Inkrafttreten des GKV-Finanzstärkungsgesetzes die Maßnahmen finanzieren, mit denen die Kran-

kenkassen in den neuen Ländern finanziell unterstützt werden, zusätzlich belastet. Dies ist sozialpolitisch nicht gerechtfertigt. Deshalb wird die Zuzahlungserhöhung bei Beitragserhöhungen für das Jahr 1998 ausgesetzt. Denn das zeitliche Zusammentreffen von Zuzahlungserhöhungen und Entscheidungen zu Finanzhilfen würde die Akzeptanz für solidarische Hilfe ernsthaft gefährden.

Wer jetzt diese notwendige finanzielle Hilfe für den Osten, die von niemand bestritten werden kann, in Frage stellt, verabschiedet sich aus der erforderlichen Solidarität. Deshalb appelliere ich an den Bundesrat, diesem unverzichtbaren Beitrag zuzustimmen, um die innere Einheit Deutschlands auch im Gesundheitswesen ein entscheidendes Stück voranzubringen.

#### Landwirtschaft und Naturschutz:

## Zukunftschancen für ein wirkungsvolles Miteinander

Vor dem Hintergrund der aktuellen Debatte um das Naturschutzrecht haben die Bundesfachausschüsse Agrarpolitik und Umweltpolitik der CDU mit einem gemeinsamen Beschluß die Grundsatzpositionen der CDU zum Thema Landwirtschaft und Naturschutz noch einmal verdeutlicht, die gemeinsamen Interessen von Naturschutz und Landwirtschaft herausgearbeitet und Zukunftschancen für ein wirkungsvolles Miteinander aufgezeigt.

#### Die Ziele der CDU im Hinblick auf Landwirtschaft und Naturschutz:

- Erhalt des Landschaftsbildes und der Artenvielfalt.
- Nahrungsmittelproduktion unter Beachtung der Schonung der natürlichen Lebensgrundlagen und Begrenzung des Stoffaustrags zum Schutz von Luft, Boden und Wasser.
- Nutzung der Chancen des Wettbewerbs sowie Eröffnung von zusätzlichen Einkommensmöglichkeiten für die Landwirtschaft durch Naturschutz- und Umweltleistungen,
- weitere Minderung von Schadstoffemissionen besonders aus der Luft, die die Landwirtschaft gleichermaßen wie den Naturschutz belasten.

#### Für eine standortangepaßte Landwirtschaft

Die CDU steht für eine Landwirtschaft, die an den bäuerlichen Prinzipien orientiert ist: Bodenbindung der Tierhaltung, verantwortungsvoller Umgang mit den Nutztieren, nachhaltige, umweltverträgliche Bodenbewirtschaftung und breitgestreutes Eigentum. Ökonomie und Ökologie in der Landwirtschaft lassen sich so am besten verbinden.

Landwirtschaft muß den natürlichen Standortbedingungen angepaßt sein, um den Zielen des Naturschutzes dienen zu können. Was in der einen Region richtig und natur- und umweltschonend ist, muß es in einer anderen Region mit anderen natürlichen Standortbedingungen (Böden, Klimausw.) nicht sein. Pauschallösungen gibt es nicht.

Die CDU spricht sich deshalb für regional angepaßte Formen der landwirtschaftlichen Produktion aus.

#### Für einen partnerschaftlichen Umgang der Landwirtschaft m<sup>it</sup> der Landschaftspflege

Die CDU bekennt sich zum eigenverantwortlichen Handeln der Menschen und Wirtschaftseinheiten. Auch Naturschutz muß partnerschaftlich und vorrangig auf freiwilliger Basis umgesetzt werden. Dafür wollen wir die Möglichkeiten des Vertragsnaturschutzes voll ausschöpfen.

Elemente des Vertragsnaturschutzes sollen auch im administrativen Naturschutz verstärkt Berücksichtigungen finden. Anstatt finanzielle Mittel für den staatlichen Erwerb von Flächen für Naturschutzzwecke aufzuwenden, sollten diese Gelder besser

für eine vertraglich vereinbarte, langfristige naturnahe Bewirtschaftung durch die Landwirtschaft verwendet werden, sofern damit die Ziele des Naturschutzes erreicht werden können. So kann Naturschutz ohne Änderung von Eigentumsstrukturen stattfinden. Mit knappen finanziellen Mitteln wird so ein Mehr an Naturschutz erreicht.

#### Die CDU will ökologische Leistungen honorieren

Für die CDU ist selbstverständlich, daß die Leistungen, die die Landwirtschaft für die Gesamtgesellschaft erbringt, insbesondere bei der Erhaltung und Pflege der Kulturlandschaft, abgegolten werden müssen. Richtschnur ist dabei die ordnungsgemäße Landbewirtschaftung nach guter fachlicher Praxis. Darüber hinausgehende Leistungen der Landwirtschaft für Umwelt- und Naturschutz, zum Beispiel durch Einschrän-

kung der ordnungsgemäßen Landbewirtschaftung sowie für die Pflege der Landschaft, müssen gesondert abgegolten werden. Für Einschränkungen aufgrund besonderer Umwelt- und Naturschutzauflagen müssen die Landwirte einen gesetzlich verankerten Anspruch auf Ausgleich erhalten.

Zudem will die CDU Umwelt- und Naturschutzaspekte stärker in den Welthandelsvereinbarungen berücksichtigt sehen und Umweltstandards international festschreiben, den technischen Fortschritt für einen verbesserten Umwelt- und Naturschutz in der Landwirtschaft nutzen, die Produktsicherheit und -qualität fördern, regionales Wirtschaften, zum Beispiel mit regionalen Vermarktungskonzepten, unterstützen, die Kreislaufwirtschaft durch klare gesetzliche Regelungen in bezug auf Klärschlämme und Siedlungsabfälle ermöglichen und nachwachsende Rohstoffe fördern.

### Autobahnen effizienter nutzen

Der verkehrspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dirk Fischer, erklärte zum Problem der "ständigen Linksfahrer" auf unseren Autobahnen:

Die Situation kennt jeder Autobahn-Fahrer: Auf der linken Spur drängelt sich alles, man kommt nicht vorwärts, weil notorische Linksfahrer den Verkehrsfluß behindern, obwohl auf den rechten Fahrspuren Platz genug ist. Der Ruf nach Verschärfung der Sanktionen ist dennoch unbegründet. Die Bußgelder sind hoch genug, nur findet eine entsprechende Überwachung und Durchsetzung durch die Länder praktisch nicht statt. Was soll's also?

Ich bin auch nicht für die totale Überwachung; der Autofahrer sollte vielmehr die Folgen seines Fehlverhaltens erkennen: Der Bau vier- oder sogar sechsspuriger Autobahnen kostet den Steuerzahler viel Geld, das vergeudet ist, wenn diese Fahrspuren nicht sinnvoll genutzt werden. Dann müßte man sich ja künftig überlegen, ob es nicht volkswirtschaftlich sinnvoller ist, auf den Bau der rechten ungenutzten Fahrspuren zu verzichten.

Mit dieser ironischen und nicht so ernst gemeinten Bemerkung will ich verdeutlichen:

Der Verkehr auf unseren Autobahnen könnte besser fließen, wenn die vorhandenen Fahrspuren gleichmäßiger und damit effektiver genutzt würden. Dazu kann jeder Autofahrer mit verantwortungsbewußtem und partnerschaftlichem Verhalten beitragen. Dazu rufe ich auf.

## Verfassungsbeschwerde gegen den EURO kann dem Ansehen Deutschlands nur schaden

Zur der Verfassungsbeschwerde der Professoren Hankel, Nölling, Starbatty und Schachtschneider gegen den EURO erklärte der Vorsitzende der Fachkommission Europa des Bundesarbeitskreises Christlich-Demokratischer Juristen (BACDJ), Prof. Dr. Carl Otto Lenz:

Der vollständige Text der Verfassungsbeschwerde, der jetzt in Buchform vorliegt, zeigt, daß die vier Professoren keine ernsthafte Prüfung der Rechtmäßigkeit des Eintritts in die Währungsunion beabsichtigen, sondern ausschließlich öffentliche Aufmerksamkeit erregen und Unsicherheit verbreiten wollen. Die Verfassungsbeschwerde ist nach Auffassung der CDU-Europarechtsexperten offensichtlich unzulässig. Das Bundesverfassungsgericht hatte sich schon in seinem Maastricht-Urteil vom 12. Oktober 1993 ausführlich mit der Schaffung der Währungsunion befaßt und diese verfassungsrechtlich gebilligt.

Das hatte es mit der Überlegung begründet, daß die Währungsunion als Stabilitätsgemeinschaft konzipiert sei, die vorrangig die Preisstabilität zu gewährleisten habe. An dieser Bewertung hat sich in den letzten vier Jahren nichts geändert. Die Bundesregierung muß nunmehr im Rat der Europäischen Union lediglich diejenigen Schritte vollziehen, die sich aus dem schon einmal vom Bundesverfassungsgericht abgesegneten Vertrag über die Europäische Union ergeben.

Die Entscheidung des Europäischen Rates über den Teilnehmerkreis der Währungsunion, die im Mai dieses Jahres ergehen wird, könnte wegen Verstoßes gegen den EG-Vertrag allenfalls in Luxemburg angegriffen werden. Das lehnen die vier Professoren aber ab, mit der Begründung, sie hätten zum Europäischen Gerichtshof nur geringes Vertrauen. Es geht aber nicht an, nur deshalb, weil man die Rechtsprechung eines bestimmten Gerichtes nicht schätzt, ein anderes, unzuständiges Gericht anzurufen. Unzulässig ist es auch nach Meinung der CDU-Europarechtsexperten, die Feststellung einer Grundrechtsverletzung zu beantragen, ehe diese Entscheidung im Rat der Europäischen Gemeinschaft überhaupt gefallen ist.

In der Sache wollen die vier Professoren ihre Verfassungsbeschwerde auf ein von ihnen konstruiertes "Bürgerrecht auf wirtschaftliche Stabilität" stützen, das unsere Verfassung nicht kennt. Sie wollen eine Entscheidung, die Bundestag und Bundesrat im Jahre 1992 mit großer Mehrheit getroffen haben, jetzt durch die Richter des Bundesverfassungsgerichts revidieren, also Politik betreiben und nicht verfassungsrechtliche Fragen prüfen lassen. Die CDU-Juristen sind nach dem Studium der Verfassungsbeschwerde der Überzeugung, daß dieser zweite Versuch, den Abschluß eines völkerrechtlich bindenden Vertrages zu torpedieren, scheitern wird. Sie hoffen insbesondere, daß das Bundesverfassungs gericht die von den Beschwerdeführern beantragte einstweilige Anordnung zurückweisen wird. Jede Unsicherheit dar über, ob Deutschland seine Verpflichtungen aus dem Vertrag von Maastricht über die Gründung der Währungsunion vertragsgetreu erfüllen wird, kann dem Ansehen unseres Landes, aber auch der notwendigen Vorbereitung auf die europäischen Währung nur schaden.

## Opposition mit leeren Händen

Zum Ergebnis der zweiten öffentlichen Sitzung des 1. Untersuchungsausschusses des Verteidigungsausschusses im Deutschen Bundestag erklärte der verteidigungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Paul Breuer:

Auch diesmal konnten in der Sache keine neuen Erkenntnisse gewonnen werden. Nicht in einem Punkt konnte der sogenannte "Dau-Bericht" widerlegt werden. Damit wird einmal mehr unsere Beurteilung bestätigt, daß die Materialien des BMVg völlig ausreichend sind und es eines Untersuchungsausschusses nicht bedurft hätte. Die normalen parlamentarischen Instrumentarien hätten zur Aufklärung der einzelnen Vorfälle vollauf gereicht.

Die Behauptungen und Verdächtigungen gegen die Führungsakademie der Bundeswehr haben sich als haltlos erwiesen. Der offene Geist der höchsten Bildungseinrichtung unserer Streitkräfte war bis in den Ausschuß hinein spürbar. Wer jetzt noch immer von Neonazitum oder braunen Strukturen an der Führungsakademie der Bundeswehr spricht, will wider bessere Einsicht polemisieren und die Bundes-

wehr für den Wahlkampf instrumentalisieren. Die Opposition steht mit leeren Händen da, ihre Strategie wird gründlich mißlingen.

Nach dem bisherigen Verlauf der Zeugenvernehmungen spreche ich mich dafür aus, daß Bundesminister Volker Rühe den damaligen Kommandeur der Führungsakademie, General Dr. Olboeter, der selbst um zeitweilige Entbindung von seinen Dienstpflichten gebeten hatte, umgehend wieder in sein Amt einsetzt. Es ist unzweifelhaft klar geworden, daß General Dr. Olboeter kein Fehlverhalten vorzuwerfen ist.

#### Großzügig verfahren

Oberst i.G. Schwarzer und Oberstleutnant i.G. Pahl haben aufgrund einer falschen Lagebeurteilung schwerwiegende Fehler begangen. Dennoch plädiere ich dafür, mit beiden Soldaten disziplinarrechtlich großzügig zu verfahren. Beide, Oberst i.G. Schwarzer und Oberstleutnant i.G. Pahl, haben sich im Untersuchungsausschuß offen zu ihren Fehlern bekannt und sind dazu bereit, dafür auch die Verantwortung zu übernehmen. Ich halte das Fehlverhalten für grundsätzlich entschuldbar.

## EURO eröffnet neue Perspektiven für Anleger

Mit dem EURO entsteht nicht nur der weltweit zweitgrößte Währungsblock, sondern auch der zweitgrößte Aktienmarkt nach den USA. Sofort zu Beginn der Europäischen Währungsunion (EWU) am 1. Januar 1999 werden Geld- und Devisenmarkt auf die neue Währung umgestellt, die Börse notiert erstmals in EURO. Europaweit anlegen – das ist bald ohne Währungsrisiko möglich. Für die Anleger "bricht ein neues Zeitalter an", meint Alfred Roelli, Chefstratege im Privatbankgeschäft der Deutschen Bank.

## Grünes Programm: Ausblenden, Schönreden – das ist alles

Der Programmentwurf von Bündnis 90/ Die Grünen zur kommenden Bundestagswahl enthält innenpolitische Aussagen, die bislang in der öffentlichen Diskussion kaum erwähnt wurden. Dabei hätten die Thesen öffentliche Diskussion mehr als verdient: Sie enthalten programmatischen Sprengstoff, der alle erfolgreichen Bemühungen, die innere Sicherheit in Deutschland zu stärken, mit einem Schlag zunichte machen würde.

Die Grünen sind sich treu geblieben: Ihr unverhohlenes, offenes Mißtrauen gegen Polizei und Justiz wird begleitet von naivkindlichen Schwärmereien von einem schwächlichen Staat, der Regelverstöße milde belächelt statt konsequent zu ahnden. In seinem ausländerpolitischen Teil erinnert das Programm an ein Regelwerk zur massiven Förderung der Ausländerzuwanderung nach Deutschland – und das vor dem Hintergrund eines nachhaltig angespannten Arbeitsmarktes, einer Überdehnung der sozialen Sicherungssysteme und ständig neuer Zuwanderungsströme, die nur schwer abgewehrt werden können.

Verbrechensvorbeugung soll nach Auffassung der Grünen z.B. durch eine Wende in der Drogenpolitik sowie durch soziale, organisatorische und technische Prävention bewerkstelligt werden. Neben der Freigabe harter Drogen und der Bagatellisierung des Handels bzw. des Konsums sog. weicher Drogen soll sich demnach die Strafjustiz mehr und mehr aus diesem Bereich

Eine rot-grüne Bundesregierung wäre ein großes Sicherheitsrisiko. Es muß abgewendet werden. heraushalten. Welch eine Erkenntnis! Nicht zuletzt durch die kürzlich erfolgte Sachverständigenanhörung im Gesundheitsausschuß ist längst belegt, daß ein derart laxer Umgang mit der Drogenproblematik keine Entspannung, sondern eine Ausweitung der Mißbrauchslage bringt.

Was meinen die Grünen mit "Modernisierung des Strafrechts mit besonderem Ansatz zur Bagatellkriminalität"? Kann ein Staat überhaupt noch seinem Schutzauftrag für die Bürger gerecht werden, wenn er vermeintliche Massenübertretungen des geltenden Rechts straflos stellt und damit das allgemeine Rechtsbewußtsein noch mehr schwächt? Warum soll die lebenslängliche Haftstrafe für Mörder (die de facto meistens eine zeitige Haftstrafe ist) abgeschafft und Untersuchungshaft weitestgehend vermieden werden, wenn

#### Von Bundesinnenminister Manfred Kanther

schon heute die Bürger oft den Kopf schütteln über die Haftverschonung von Mehrfachtätern? Wie sollen Polizei und Strafjustiz ihrer Aufgabe nachkommen, wenn die Sicherung der Hauptverhandlung durch weniger Untersuchungshaft konkret gefährdet wird? Und wie verhält es sich mit den Forderungen, das Bundeskriminalamt in seinen Aufgaben zu reduzieren und den Bundesgrenzschutz nicht in den Innenstädten einzusetzen, wo er für die Bahnhöfe und zur Hilfe gegen Randale und Gewalttätigkeit im Einsatz ist?

Angesichts der steigenden internationalen Verflechtungen bestimmter Kriminalitätsformen ist es unabdingbar, das Bundeskriminalamt zur effektiven Unterstützung in der Verbrechensbekämpfung vermehrt heranzuziehen. Und was die Innenstädte angeht: Bund, Länder und Kommunen haben längst begonnen, dem wachsenden Unsicherheitsgefühl vieler Mitbürger durch vermehrte polizeiliche Präsenz an den Brennpunkten und gesteigerte Kooperation der zuständigen Behörden entgegenzuwirken. Als Resümee bleibt festzustellen: Bündnis 90/Die Grünen wollen mit ihrer durchsichtigen Beschwichtigungspolitik eine kleine Klientel bedienen, die Interessen der Allgemeinheit bleiben jedoch unbeachtet.

#### Schlicht ignoriert

Noch fragwürdiger sind die Vorschläge von Bündnis 90/Die Grünen zur Ausländerpolitik. Deutschland steht seit vielen Jahren unter einem massiven Zuwanderungsdruck. Trotz des erfolgreichen Asylkompromisses gelangen nach wie vor zu Viele Illegale und nicht asylberechtigte Ausländer aus Nicht-EU-Staaten in das Bundesgebiet und belasten unser Gemeinwesen. Zirka 90 % kommen als Wirt-Schaftsflüchtlinge, wie die niedrigen Anerkennungsquoten erkennen lassen. Dieser Tatbestand mit all seinen komplexen Begleitproblemen wird von den Grünen Schlicht ignoriert. Darüber hinaus soll es ein "Fluchtgesetz" geben, obwohl längst eine Vielzahl von Gesetzen die Aufnahme <sup>Von</sup> bedrohten Flüchtlingen regeln.

Neue Anerkennungsgründe sollen ge-Schaffen und – hier kommt ein Rückfall in die Zeiten des alten Ausländergesetzes – Bleiberechte durch Länder und Kommunen eigenständig verfügt werden können. Es schließt sich an, daß Abschiebung und Abschiebehaft für Ausländer ohne Aufenthaltsrecht unterbleiben soll und Asylbewerber wieder den vollen Sozialhilfesatz ausgezahlt bekommen sollen.

Spätestens hier wird das "Programm" der Grünen zur Farce; die Absurdität der Forderungen wird nur noch von der Weltfremdheit ihrer Verfasser übertroffen. Kein Wort dazu, wie die dadurch entstehenden sozialpolitischen Lasten bewältigt werden sollen. Kein Wort dazu, wie die schon heute äußerst schwierige, oftmals bereits erfolglose Integration gerade dieser Ausländer gelingen soll. Und kein Wort darüber, wie diese Vorstellungen in ein europäisches Konzept einzubeziehen sind, das seit vielen Jahren auf die gemeinsame Bewältigung der Zuwanderungsproblematik gerichtet ist und in dem Deutschland die humanitäre Hauptlast trägt.

#### Bankrotterklärung

Das "Grüne Programm" ist eine Bankrotterklärung linker Träumer vor der Lebenswirklichkeit. Ausblenden und Schönreden das ist alles, was Bündnis 90/Die Grünen anzubieten haben. Daß vom gewünschten Bündnispartner SPD bislang jegliche öffentliche Kommentierung dieses Programmteils unterblieben ist, spricht Bände, läßt allerdings auch Schlimmstes befürchten.

Eine grün-rote Bundesregierung in Deutschland wäre ein hohes Sicherheitsrisiko, das abgewendet werden muß.

Unsere Elektronischen Adressen:

• INTERNET http://www.

cdu.de

• T-ONLINE

• X 400

\*CDU#

c= de; a = dbp; p = cdu; s = bund

E-MAIL: post www.cdu.de

#### Kurz notiert

#### Chronologie

#### August 1997

Einigung zwischen Koalition und SPD-Bundestagsfraktion auf Änderung GG und StPO.

#### 9. Oktober 1997

Erste Lesung der gemeinsam vorgelegten Gesetzentwürfe.

#### 3. Dezember 1997

SPD-Parteitag in Hannover fordert "Nachbesserungen".

#### 8. Dezember 1997

Die für den 12. Dezember 1997 geplante Abstimmung im Bundestag wird abgesagt.

#### 7 /8 Januar 1998

Einigung der Verhandlungsdelegationen.

#### 16. Januar 1998

Zustimmung des Deutschen Bundestages mit Zwei-Drittel-Mehrheit

#### 30. Januar 1998

Lafontaine unterstützt erstmals offiziell die Forderungen nach "Nachbesserungen".

#### 2. Februar 1998

SPD-Parteipräsidium für GG-Änderung und Anrufung des Vermittlungsausschusses wegen der StPO-Änderung

#### 6. Februar 1998

Der Bundesrat stimmt der Grundgesetzänderung zu. Die Ausführungsgesetze werden auf Antrag der SPD an den Vermittlungsausschuß überwiesen.

#### 18. Februar 1998

Vorschlag des CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden Wolfgang Schäuble: Verzicht auf alle Sonderregelungen für bestimmte Berufsgruppen.

### SPD-Blockadestrategie bei akustischer Wohnraumüberwachung

Die SPD hat sich vom Kompromiß zur akustischen Wohnraumüberwachung verabschiedet. Nachdem der Deutsche Bundestag den beiden Gesetzentwürfen zur Grundgesetzänderung und zur Änderung von Strafgesetzbuch, Strafprozeßordnung und Geldwäschegesetz am 16. Januar 1998 zugestimmt hatte, verlegten sich die Sozialdemokraten in der Sitzung des Bundesrates vom 6. Februar 1998 wieder auf die altbekannte Verweigerungsstrategie.

#### Rot-grün lehnt Grundgesetzänderung ab

Die von einem Ministerpräsidenten der Union regierten Bundesländer (Bayern, Sachsen, Baden-Württemberg, Berlin, Thüringen, Mecklenburg-Vorpommern) und die SPD-geführten Bundesländer ohne grüne Regierungsbeteiligung (Bremen, Rheinland-Pfalz, Niedersachsen, Saarland und Brandenburg) stimmten der Grundgesetzänderung zu, wodurch die notwendige Zwei-Drittel-Mehrheit des Bundesrates knapp erreicht wurde (47 zu 22 Stimmen). Die rot-grün regierten Bundesländer (Nordrhein-Westfalen, Sachsen-Anhalt, Hamburg, Schleswig-Holstein, Hessen) enthielten sich jedoch der Stimme, was einer Ablehnung der Grundgesetzänderung gleichkam. Rot-grün verweigert sich so einer konsequenten Verbrechensbekämpfung.

#### Lafontaine-SPD gegen Ausführungsgesetze

Wegen der Ausführungsbestimmungen in der Strafprozeßordnung riefen dann aber alle zehn Länder mit SPD-Regierungschefs den Vermittlungsausschuß an. Ziel der SPD ist, alle Personen mit Zeugnisverweigerungsrecht von Abhörmaßnahmen auszuschließen. Insbesondere geht es der SPD dabei um ein Beweiserhebungsverbot für Journalisten, Rechtsanwälte und Ärzte. Zudem soll das Abhören nicht bei einfachem, sondern nur bei dringendem Tatverdacht zulässig sein.

Der im Deutschen Bundestag beschlossene Gesetzentwurf sieht hingegen vor, daß Geistliche, Strafverteidiger und Abgeordnete nicht (Beweiserhebungsverbot), alle übrigen zeugnisverweigerungsberechtigten Personen unter bestimmten Voraussetzungen abgehört werden dürfen (Beweisverwertungsverbot).

#### **INNERE SICHERHEIT**

Die SPD kehrt mit ihrem Schlingerkurs bei der akustischen Wohnraumüberwachung zu der altbekannten Unsicherheit in Fragen der inneren Sicherheit zurück. Unverständlich ist, wieso sich die Sozialdemokraten jetzt einem Gesetzentwurf verweigern, den sie noch vor wenigen Wochen mitgetragen haben und der ein Instrument einführt, das international seit langem Standard ist und das in eingeschränkter Form in den Landespolizeigesetzen bereits enthalten ist.

Nebenbei verzögert die SPD mit ihrer Ablehnung auch das Inkrafttreten der im Gesetzespaket enthaltenen Neuregelungen zur Geldwäsche.

#### Union im Vermittlungsausschuß konsequent

Die Union wird im Vermittlungsausschuß ihre konsequente Linie der Verbrechensbekämpfung fortführen. Kompromisse zu Lasten der inneren Sicherheit wird es nicht geben. Sollte es bei der Sitzung des Vermittlungsausschusses am 2. März 1998 zu keiner Einigung kommen und die SPD ihre Positionen mit ihrer Mehrheit durchsetzen, wird die Koalition dieses streitige ("unechte") Vermittlungsergebnis im Bundestag mit der Mehrheit der Mitglieder des Bundestages (Kanzlermehrheit) zurückweisen. Der Bundesrat hat dann bei seiner Sitzung am 6. März 1998 die Möglichkeit, den ursprünglichen Kompromiß anzunehmen oder die Ausführungsgesetze erneut abzulehnen, womit diese endgültig gescheitert wären.

## WAHL-KAMPF 1998

Der SPD-dominierte Bundesrat müßte dann die Verantwortung dafür übernehmen, daß die Grundgesetzänderung mangels Umsetzbarkeit ad absurdum geführt wäre. Die Koalition hätte allerdings die Möglichkeit, einen im Bun-

<sup>de</sup>srat nicht zustimmungspflichtigen Gesetzentwurf zu <sup>de</sup>n Ausführungsgesetzen einzubringen.

### Eines ist aber schon jetzt klar:

Die organisierten Berufsverbrecher, die schon die siebenjährige Verhandlungszeit nutzen konnten, um ihre illegalen Geschäfte abzuwickeln, haben nun infolge der Inkonsequenz und Hasenfüßigkeit der SPD weitere Zeit gewonnen.

Union in Deutschland (UID) 6/1998

#### Grundgesetz

#### Änderung Artikel 13 GG

Nach Absatz 2 werden folgende Absätze 3 bis 6 eingefügt:

- "(3) Begründen bestimmte Tatsachen den Verdacht, daß jemand eine ... besonders schwere Straftat begangen hat, so dürfen zur Verfolgung der Tat auf Grund richterlicher Anordnung technische Mittel zur akustischen Überwachung von Wohnungen, in denen der Beschuldigte sich vermutlich aufhält, eingesetzt werden, wenn die Erforschung des Sachverhalts auf andere Weise unverhältnismäßig erschwert oder aussichtslos wäre. Die Maßnahme ist zu befristen. Die Anordnung erfolgt durch einen mit drei Richtern besetzten Spruchkörper. Bei Gefahr im Verzuge kann sie auch durch einen einzelnen Richter getroffen werden.
- (4) Zur Abwehr dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit ... dürfen technische Mittel zur Überwachung von Wohnungen nur auf Grund richterlicher Anordnung eingesetzt werden. ...
- (5) Sind technische Mittel ausschließlich zum Schutz der bei einem Einsatz in Wohnungen tätigen Personen vorgesehen, kann die Maßnahme durch eine gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden. ...
- (6) Die Bundesregierung unterrichtet den Bundestag jährlich über den ... Einsatz technischer Mittel. ..."

## Respekt und Dank für die Aufbauarbeit der Flüchtlinge und Vertriebenen

Festakt zum 50. Gründungstag der OMV

Tosenden Beifall erntete der Landesvorsitzende der niedersächsischen CDU, Christian Wulff, für sein Versprechen, das Schlesiertreffen mit seinen bis zu 150.000 Teilnehmern zurück ins Patenland Niedersachsen zu holen.

Auf einer Veranstaltung der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung (OMV) am 15. Februar in Salzgitter-Bad wandte sich der Spitzenkandidat der CDU bei der Landtagswahl am 1. März vehement ge-

gen die Ausgrenzungspolitik von SPD und Grünen, die dazu geführt hat, daß das Schlesiertreffen mit Finanzhilfen der Bayrischen Landesregierung in Nürnberg stattfindet.

Christian Wulff: "Über 2,5 Millionen Vertriebene und Aussiedler allein in Niedersachsen dürfen

nicht länger von Rot-Grün ausgegrenzt werden. Sie sind ein Schatz für Deutschland und als Brückenbauer zu Osteuropa unentbehrlich." Ähnlich drückte es der Parteivorsitzende, Bundeskanzler Helmut Kohl in seinem Grußwort an alle Teilnehmer am Festakt aus Anlaß des 50. Gründungstages der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung in der CDU/CSU aus:

"Wir blicken mit Respekt und Dank auf die hervorragende Aufbauarbeit, die gerade auch von den zahllosen Flüchtlingen und Vertriebenen geleistet wurde. Insbesondere erinnere ich an den großen Beitrag der



Von links nach rechts: CSU-Generalsekretär Bernd Protzner, Gründungsmitglied Hans Gburek, der niedersächsiche Landesvorsitzende Christian Wulff und OMV-Bundesvorsitzender Helmut Sauer.

## "Sozialkriminalität" stärker bekämpfen

Die CDU-Innenpolitiker drängen auf einen verstärkten Kampf gegen die sogenannte "Sozialkriminalität". Die innenpolitischen Sprecher der CDU-Landtagsfraktionen einigten sich am 17. Februar nach zweitägigen Beratungen in Kiel auf einen Acht-Punkte-Forderungskatalog

Angesichts des auf Milliardenbeträge geschätzten Schadens durch Sozialhilfemißbrauch, durch widerrechtliche Inanspruchnahme anderer Leistungen oder Nichtzahlen von Beiträgen sollen demnach besonders die Kommunen alle Möglichkeiten des Datenabgleichs nutzen und die Kontrollen verschärfen, um Sündern auf die Spur zu kommen.

"Wir müssen ein neues Klima schaffen, das nicht den Rechtsmißbrauch als Kavaliersdelikt bagatellisiert oder sogar insgeheim begrüßt, sondern Ehrlichkeit muß sich wieder lohnen", sagte der nordrhein-westfälische CDU- Landtagsabgeordnete Heinz Paus als Sprecher der Konferenz.

Nach Ansicht der CDU-Innenpolitiker ist auch ein gezieltes Vorgehen gegen "Sozialkriminalität" notwendig, die von Ausländern begangen wird. So sollten alle Länder verdachtsunabhängige Kontrollen ermöglichen, um illegal eingeschleuste Ausländer aufzugreifen. Diese seien sehr erfolgreich, sagte Paus. Die SPD-regierten Länder täten sich damit aber "aus ideologischen Gründen" schwer.

Weiter fordern die CDU-Innenpolitiker eine Warndatei, um Visa-Erschleichungen in Zukunft besser zu verhindern, und schärfere Sanktionen bei illegaler Wiedereinreise.

Außerdem müsse die geschlossene Heimunterbringung für kriminelle Minderjährige wieder zugelassen werden, da Kinder oft nur zum Zwecke der Kriminalität von Schleuserbanden nach Deutschland gebracht würden.

Flüchtlinge und Vertriebenen zum moralischen Fundament der Bundesrepublik."
Der Bundeskanzler dankte den Vertriebenen und Flüchtlingen auch dafür, daß sie über Jahrzehnte hinweg das Bewußtsein für die Einheit Deutschlands und die gemeinsame deutsche Kultur und Geschichte wachgehalten haben.

Helmut Kohl: "Die Arbeit der OMV hat dazu beigetragen, daß wir nach der staatlichen Wiedervereinigung auch rasche Fortschritte bei der Herstellung der inneren Einheit Deutschlands machen konnten."

Der Bundeskanzler erinnerte aber auch daran, daß Deutschland in wenigen Monaten vor einer Richtungsentscheidung stehe, die den "Weg unseres Landes bis in

das nächste Jahrhundert hinein bestimmen wird". Deutschland dürfe nicht unter Rot-Grün in die Zweitklassigkeit absteigen. Auch darüber, ob es beim "bewährten Kurs unserer Außen- und Sicherheitspolitik bleibt", werden am 27. September die Wählerinnen und Wähler entscheiden.

"Das tat gut! Das tat wirklich gut!" – Mit den Worten von Josef Freiherr von Eichendorff bedankte sich der Bundesvorsitzende der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung, Helmut Sauer, in einem Schlußwort bei allen Teilnehmern und Gästen des Festakts und griff dabei auch noch einmal das Versprechen von Christian Wulff auf, als Ministerpräsident nach dem 1. März das Bundestreffen der Schlesier wieder nach Hannover zu holen.

## Neueinteilung der Bundestagswahlkreise für die Wahl im Jahre 2002 verabschiedet

Mit dem jetzt in zweiter und dritter Lesung vom Deutschen Bundestag verabschiedeten Wahlkreisneueinteilungsgesetz realisiert die Bonner Koalition eine umfassende Parlamentsreform. Diese Änderung ist notwendig, weil der Deutsche Bundestag bereits vor einem Jahrbeschlossen hat, die Anzahl seiner Mitglieder von derzeit 672 ab dem Jahre 2002 auf dann nur noch 598 zu verringern. Aufgrund unseres Wahlrechts reduziert sich die Anzahl der Wahlkreise von zur Zeit 328 auf dann nur noch 299.

Durch die Verkleinerung des Bundestages werden in einem durchschnittlich großen Bundestagswahlkreis zukünftig nicht mehr wie bisher etwa 220.000, sondern dann 250.000 Bürgerinnen und Bürger wohnen. 598 Abgeordnete werden dann rund 80 Millionen deutsche Bürger repräsentieren. Jeder einzelne Abgeordnete repräsentiert dann im Durchschnitt 130.000 Bürgerinnen und Bürger.

Die Verringerung der Abgeordnetenzahl bedeutet jedoch keine Verringerung der demokratischen Legitimation des Parlaments. Die Verkleinerung des Bundestages ist nicht auch eine Schwächung der repräsentativen Demokratie. Vielmehr ist genau das Gegenteil der Fall, da die Bedeutung des einzelnen Abgeordneten steigen wird.

Die Arbeit des Deutschen Bundestages wird somit insgesamt effizienter und für den Beobachter transparenter. Durch den Neuzuschnitt der Wahlkreise und die damit verbundene Verkleinerung des Bundestages wird eine konkrete Chance eingeräumt, der parlamentarischen und repräsentativen Demokratie neuen Schwung zu verleihen.

Vergleicht man die Größe des zukünftigen Deutschen Bundestages mit der Größe anderer Parlamente, so wird man schnell feststellen, daß die Zahl der Abgeordneten keineswegs zu groß ist. Das britische Unterhaus zählt 650 Abgeordnete, die Französische Nationalversammlung 577 Parla-

Von Erwin Marschewski, innenpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und Wolfgang Bosbach, Berichterstatter zur Wahlkreisreform

mentarier und das italienische Parlament 630. Alle drei Länder haben jedoch wesentlich weniger Einwohner als die Bundesrepublik Deutschland.

Forderungen nach einer drastischen Verkleinerung des Bundestages sind abzulehnen, da es hierdurch zu einer proportionalen Vergrößerung der Wahlkreise kommt. Verkleinert man das Parlament, wie jetzt vorgesehen, um etwa 10 % seiner Mitglieder, so vergrößern sich die Wahlkreise um diesen Prozentsatz zwangsläufig.

Der Vorwurf der SPD, die Neueinteilung ziele auf einen Erhalt der Mehrheit der Koalition, ist völlig haltlos. Der verabschiedete Gesetzentwurf basiert auf dem Vorschlag des Statistischen Bundesamtes, der dem Bericht der Reformkommission beigefügt war. Bei verschiedenen Wahlkreisen gibt es Abweichungen und zwar dort, wo unserer Ansicht nach räumliche oder historische Gegebenheiten nicht hinreichend berücksichtigt wurden.

## Argumente

aktuellen Aussiedlerpolitik 1998

Mit 1 Million Flugblätter informiert die Bundesregierung auch in diesem Jahr über Aussiedler. Mit ihren jungen Familien und ihren zahlreichen Kindern sind sie ein Gewinn für unser Land. Alle Mitbürgerinnen und Mitbürger werden Weiterhin dazu aufgefordert, ihnen beim Einleben in Deutschland zu helfen.

#### Das Tor bleibt offen

Mit allem Nachdruck wird sich die Bundesregierung auch in diesem Jahr dafür einsetzen, daß das Tor nach Deutschland für Aussiedler offen bleibt. Deshalb darf auf keinen Fall der Antrag des Bundesrats Gesetz werden, der den Rußlanddeutschen das gemeinschaftliche Kriegsfolgenschicksal in der ehemaligen Sowjetunion abspricht.

#### Sie mußten leiden, weil sie Deutsche bleiben wollten.

Stalin verbannte die Rußlanddeutschen 1941 nach Asien und sperrte sie jahr-Zehntelang in geschlossene Städte ein. Sie wurden zu Zwangsarbeit verurteilt und durften nicht Deutsch lernen.

#### Die Bereitschaft zur Aufnahme bei unseren Mitbürgern erhalten

Damit Hilfen für Aussiedler von der einheimischen Bevölkerung mitgetragen werden, dürfen keine neuen Ballungsräume entstehen. Aussiedler müssen in allen Bundesländern möglichst gleichmäßig verteilt sein.

#### 2,5 Milliarden Mark für Integration

Obwohl Aussiedlerzahlen und Aufnahmeanträge zurückgegangen sind, stellt die Bundesregierung in diesem Jahr rund 2,5 Milliarden Mark für Integration zur Verfügung, rund 1,5 Milliarden allein für Sprachförderung und Eingliederungshilfen. Obwohl einige Kürzungen unvermeidlich waren, erhalten Aussiedler auch weiterhin Renten aus der deutschen Rentenversicherung.

#### Wohnortezuweisungsgesetz bis zum Jahr 2000 notwendig

Um eine neue Aussiedlerdiskussion mit ungewissem Ende im Interesse der Aussiedler zu vermeiden, unterstützt die Bundesregierung das Wohnortezuweisungsgesetz, das 1997 noch einmal neu gefaßt worden ist. Bis zum Jahr 2000 regelt es den Zuzug von Aussiedlern und schränkt die freie Wahl der Wohnorte kurzfristig und geringfügig ein.

#### Mehr Sprachkurse im Herkunftsgebiet

Ende 1997 hat es in 644 Orten Rußlands und Kasachstans 6.219 Deutschkurse mit 105.000 Teilnehmern gegeben. Die Bundesregierung will den Unterricht auch in diesem Jahr fortsetzen. Grundsätzlich gilt aber: Elternhaus und Pflege der deutschen Kultur sollen in erster Linie den Zugang zur deutschen Sprache vermitteln.

#### Sprachtests im Herkunftsgebiet

Damit die Deutschkenntnisse von Aussiedlern auch in Deutschland anerkannt werden, hat die Bundesregierung Sprachtests eingeführt, um Deutschkenntnisse durch deutsche Beamte bereits im Herkunftsgebiet zu prüfen. Sprachtests können nach geltendem Recht nicht wiederholt werden; denn es handelt sich um eine Statusprüfung, das heißt: um eine Prüfung der Rechtsposition von Aussiedlern als Deutsche.

#### Aussiedlerzahlen sinken weiter

• Rund 100.000 Aussiedler haben ihren gültigen Aufnahmebescheid für Deutschland bereits länger als zehn Jahre ungenutzt in der Tasche. Sie verwahren ihn als "Sicherheitspapier" für den Notfall.

- ◆ Aber auch die Zahl der Aufnahmeanträge geht zurück, weil viele Rußlanddeutsche mit einem russischen Ehepartner in den deutschen Siedlungsschwerpunkten Rußlands bleiben.
- Rund ein Drittel der Bewerber besteht den Sprachtest nicht. Sie verfügen nicht über die gesetzlich vorgeschriebenen Deutschkenntnisse.

#### Siedlungsschwerpunkte in Osteuropa weiter fördern

Die Deutschen Nationalen Rayons in Westsibirien, Regionen in Schlesien, in Siebenbürgen und im Banat werden auch 1998 von der Bundesregierung gefördert. 125 Millionen Mark stellt das Bundesinnenministerium dafür zur Verfügung; hinzu kommen Mittel des Auswärtigen Amts für Kulturförderung.

#### Hilfe für einen friedlichen Brückenbau

Die deutschen Siedlungsschwerpunkte in Ost- und Südosteuropa geben den Deutschen dort eine Perspektive und helfen beim friedlichen Brückenbau zwirschen den beteiligten Völkern.

#### **Bundeskanzler Helmut Kohl:**

"Die geschichtliche und ganz besonders die kulturelle Leistung aller von der Vertreibung betroffenen deutschen Volksgruppen ist ein wertvoller Bestandteil deutscher Geschichte und Kultur."

## Internet braucht internationale Regeln

Anläßlich des Vorschlages einer Internationalen Charta zum elektronischen Geschäftsverkehr von seiten des EU-Kommisars Martin Bangemann erklärte der Medienbeauftragte der CDU/ CSU-Bundestagsfraktion, Hans-Otto Wilhelm:

An keiner anderen Entwicklung läßt sich die Globalisierung so leicht erkennen wie beim Internet. Problemlos werden Geschäfte elektronisch über Ländergrenzen hinweg abgeschlossen, es können Datenbanken in aller Welt abgerufen werden und Dokumente von jedem Rechner aus an einen beliebigen Ort versendet und kopiert werden.

Dabei werden u. a. Fragen des Urheberrechts, des Jugendschutzes und des Datenschutzes berührt, die allerdings bisher nur
in Deutschland national geregelt sind.
Doch einzelstaatliche Lösungen laufen bei
einem international ausgerichteten Netz
ins Leere. Oft ist dem Nutzer gar nicht
klar, in welchem Land der Rechner steht,
der ihm die gewünschte Dienstleistung an-

bietet. Somit entsteht eine Rechtsunsicherheit, die der Entwicklung dieses Zukunftsmarktes schadet.

Daher begrüße ich ausdrücklich die Initiative des EU-Kommissars Martin Bangemann zu einer internationalen Charta, die einheitliche Regeln für den internationalen Geschäftsverkehr im Internet schaffen soll.

Die Bundesregierung hat mit dem Informations- und Kommunikationsdienste-Gesetz (IuKDG) einen vorbildlichen rechtlichen Rahmen auf nationaler Ebene für diesen neuen Markt geschaffen, den es nun auch auf internationaler Ebene durchzusetzen gilt. Wir werden uns dafür einsetzen, daß die Interessen der deutschen Internetnutzer und unsere hohen rechtlichen Standards in die Verhandlungen mit eingebracht werden.

Der elektronische Geschäftsverkehr ist für alle europäische Staaten von so immenser Bedeutung, daß ein entschlossenes Vorgehen der EU-Kommission, ohne dabei die nationalen Zuständigkeiten zu mißachten, zu begrüßen ist.

Auch die nordrhein-westfälische CDU-Landtagsfraktion ist seit Ende letzten Jahres online.

#### "Wir lins(s)en ins Internet"

lautete das Motto, unter dem im Rahmen einer Internet-Party der Fraktionsvorsitzende Helmut Linssen den Startschuß zum Auftritt im weltweiten Datennetz gab.

Das Angebot der Landtagsfraktion ist umfassend: Vom Portrait des Fraktionsvorsitzenden über eine "Karikatur der Woche" bis hin zu aktuellen Pressemitteilungen und politischen Zielen der Christdemokraten findet sich auf den modern gestalteten Seiten alles wieder.

Die Homepage der Landtagsfraktion finden alle Interessierten unter der Adresse:

#### http://www.nrwcdufraktion.de

Selbstverständlich kann auch das Angebot der elektronischen Post ab sofort genutzt werden. Die Hauptadresse hierzu lautet:

e-post@nrwcdu-fraktion.de

#### Materialien der Frauen-Union







Neu!
 Wir sind am Zug,
 Poster DIN A1
 Bestell-Nr.: 7294
 Verpackungseinheit: 25 Expl.
 Preis je 25 Expl.: 16,00 DM

Phantasie,
 Poster DIN A1
 Bestell-Nr.: 7275
 Verpackungs-einheit: 25 Expl.
 Preis je 25 Expl.: 15.00 DM

• Verantwortung, Poster DIN A1 Bestell-Nr.: 7254 Verpackungseinheit: 25 Expl. Preis je 25 Expl.: 15.00 DM

 Mehrheiten, Poster DIN A1
 Bestell-Nr.: 7278
 Verpackungseinheit: 25 Expl.
 Preis je 25 Expl.: 15,00 DM



Frauen und Renten, Faltblatt

Bestell-Nr.: 2188

Verpackungseinheiten: 100 Expl. Preis je 100 Expl.: 22,00 DM

 Wege zur ökologischen und sozialen Marktwirtschaft
 Broschüre (Beschluß des 21. Bundesdelegiertentages der Frauen-Union)

Bestell-Nr.: 2168

Verpackungseinheit: 50 Expl. Preis je 50 Expl.: 33,50 DM

Lernen Sie uns kennen
 Selbstdarstellung der Frauen-Union

Bestell-Nr.: 5277

Verpackungseinheit: 100 Expl. Preis je 100 Expl.: 20,00 DM

 Beitrittserklärung der Frauen-Union
 Bestell-Nr.:6425
 Verpackungsein-

Gute Ideen braucher

Mehrheiten.

heit: 100 Expl. Preis ie 100 Expl.:

0.00 DM

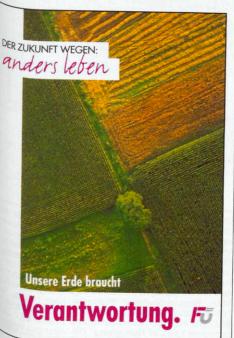
Alle Preise zzgl. MwSt. und Versand

#### Bestellungen an:

IS-Versandzentrum • Postfach 11 64 33759 Versmold • Fax (0 54 23) 4 15 21









UNION BETRIEBS GMBH POSTFACH 2449 53014 BONN PVSt, DEUTSCHE POST AG ENTGELT BEZAHLT.

CDU-Dokumentation 3/1998

## Mit Sicherheit erfolglos

#### Das Versagen der SPD bei der Inneren Sicherheit

- CDU konkurrenzios die Partei der Inneren Sicherheit
- Vorbildliche Bilanz der CDUgeführten Bundesregierung
- Die Sicherheits-Blockade der SPD auf Bundesebene
- Versagen der SPD auf Länderebene

Niedersachsen Saarland Sachsen-Anhalt Hamburg Hessen

- Gegenbeispiel Baden-Württemberg. Mit Sicherheit in Ordnung
- Das Versagen der SPD in der Inneren Sicherheit

Bestell-Nr.: 5319

Verpackungseinheit: 100 Expl. Preis je 100 Expl.: 33,00 DM

CDU-Dokumentation 4/1998

#### Wachstum, Wohlstand und Verteilungsgerechtigkeit

Zahlen, Daten, Fakten zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung in Deutschland

Wachstum, Wohlstand,
 Verteidigungsgerechtigkeit

Bestell-Nr.: 5321

Verpackungseinheit: 100 Expl. Preis je 100 Expl.: 58,00 DM



6/1998

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst den Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, Redaktion: Ernst-jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 53113 Bonn, Telefon (02 28) 54 40, e-mail: ernst-neuper@bg.cdu.dbp.de, Varlag Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73–75, 5313 Bonn, Tel. (02 28) 5307-0, Telefax (02 28) 53 07-118/19. Vertrieb: Tel. (02 28) 53 07-1 89. Verlagsleitung: Bernd Nr. 7510 183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 60, Einzelpreis 1,60 DM. Herstellung: Wa Vereinigte Verlagse anstalten GmbH, Düsseldorf.